

Inhalt:

H. Budzislawski ..	Über die Aktivitäten der Abgeordneten
Henryk Keisch	„Irish made“
Peter Theek	Neue Horizonte
Rhenanus (Bonn)	Barzel und Strauß
Bruno Frei (Wien)	Die Mitschuldigen
Arndt-Peter Andrekath ..	Für wen reiste der Tenno? (II)
Jürgen Kuczynski	Lernjugend und Rentenalter
Siegbert Kahn	Der „Rapallo-Komplex“
Lothar Kusche	Kabarettistisches
Günther Cwojdrak	Himmelfahrt, Galilei, Parasit

Bemerkungen / Antworten

Über die Aktivitäten der Abgeordneten

von Hermann Budzislawski¹⁾

1926-1933 geleitet von

Carl v. Ossietzky

Herausgegeben von Mand v. Ossietzky und

Hermann Budzislawski

26. Okt. 1971

43 xxvi

50 Pfennig

Hermann Budzislawski:

Was tun die Abgeordneten?

Rhenanus (Bonn):	Über Strauß und Barzel
Peter Theek:	Neue Horizonte
Jürgen Kuczynski:	Vom alten Eisen lernen?
Bruno Frei (Wien):	Presse und Pentagon
Lothar Kusche:	Im Kabarett erlebt
Siegbert Kahn:	Schlagwort: Rapallo
Henryk Keisch:	Das Irische
Günther Cwojdrak:	Auf drei Bühnen

Jürgen Kuczynski Der Mord an George Jackson
 Gerhard Rothbauer Bildungsdeutsch
 Manfred Kossok Neuer Ölgigant Ekuador?
 Otto Gotsche Die Einäscherung des Jürgen May
 Felix Mantel Rätsel der Bürokratie
 Günter Hoell Fressendes Kapital
 Peter Przybylski Süchtige Jugend
 Max Frisch Wo die Macht wohnt
 Lothar Kusche Walther Victor

Nr. 36 Arndt-Peter Andrekath .. Der Mord an George Jackson
 Günther Maaß Die Ratlosen
 Ulrich Makosch Colombo hält seinen Kurs
 Friedrich Karl Kaul Ein ungeheuerlicher Fall
 Tankred Koch Kreisläufe und Zusammenhänge
 Pedro Fuentes Blitzkrieg in Südamerika?
 Lothar Kusche Schlagersänger
 Gerhard Baumert Strauß als Erzieher
 Herbert Tucholski .. Erinnerungen an Maler-Kollegen
 Richard Christ Modernes Märchen

Nr. 37 E. Carlebach Wirtschaftswunder von heute
 Peter Theek Die von drüben
 Günther Cwojdrak Der schwarze Traum
 Hanns Schwarz Modewort Psychosomatik
 Burchard Brentjes Die neue arabische Föderation
 Richard Christ Vorarbeiten für ein Lexikon
 Heinz Knobloch Tucholskys Zensuren
 Walter Markov Religionskriege
 Jürgen Kuczynski In alten Schulbüchern geblättert
 Lothar Kusche Illusionisten
 Karl Böhm Gebremste „Schnelle Brüter“

Inhalt:

H. Budzislawski ..	Über die Aktivitäten der Abgeordneten
Henryk Keisch	„Irish made“
Peter Theek	Neue Horizonte
Rhenanus (Bonn)	Barzel und Strauß
Bruno Frei (Wien)	Die Mitschuldigen
Arndt-Peter Andrekath ..	Für wen reiste der Tenno? (II)
Jürgen Kuczynski	Lernjugend und Rentenalter
Siegbert Kahn	Der „Rapallo-Komplex“
Lothar Kusche	Kabarettistisches
Günther Cwojdrak	Himmelfahrt, Galilei, Parasit

Bemerkungen / Antworten

Über die Aktivitäten der Abgeordneten

von Hermann Budzislawski¹⁾

Neulich hatte ich ein fast vierstündiges Gespräch mit britischen Parlamentariern. Es ging um viele politische und ökonomische Fragen, auch wurden zwischendurch sehr hübsche Anekdoten erzählt; doch deutete nichts darauf hin, womit sich die fremden Gäste wohl im Alltag beschäftigten. Schließlich faßte ich mir ein Herz und fragte den Ältesten der Gruppe: „Was ist eigentlich Ihr Beruf?“ Er lächelte und erwiderte, er sei Abgeordneter, seit 36 Jahren. Und da habe er keine Zeit zu einer anderen Betätigung.

Bei uns stehen die Wahlen zur Volkskammer und zu den Bezirksen bevor. Täglich sehe ich in den Zeitungen oder im Fernsehen, wie die Kandidaten als Brigadeführer im Betrieb oder als LPG-Vorsitzende oder als Wissenschaftler in den Laboratorien teils selber tätig sind, teils mit Neuerern oder Schrittmachern beraten. Wir erleben sie in ihrem täglichen Wirkungsbereich. Natürlich gibt es unter ihnen auch Funktionäre großer Organisationen und Minister, die ihre volle Kraft für die Leitung des Staates einsetzen. Aber keiner von ihnen würde wohl auf die Frage nach seinem Beruf antworten: Ich bin Abgeordneter. Dabei opfern sie alle viel Zeit und viel Nervenkraft, um Gesetze vorzubereiten, Anregungen aus der Wählerschaft entgegenzunehmen und überdies die im Volk vorhandenen natürlichen Kräfte und erworbenen Erfahrungen für unser aller Wohl nutzbar zu machen.

Nun ist dem einzelnen englischen Parlamentarier nicht vorzuwerfen, daß er seine Kräfte oft im parlamentarischen Konkurrenzkampf verschwende. Manchmal vertritt er etwas Vernünftiges, und er möchte sich, indem er sehr viele Reden hält, gegen die feindliche Partei oder gegen einen uneinsichtigen Flügel der eigenen Partei durchsetzen. Er hat nicht, wie im Wahlauf Ruf unserer Nationalen

¹⁾ Der Autor, schon Mitglied der provisorischen Volkskammer von 1949, ist Kandidat der Obersten Volksvertretung, der er seit 1958 angehört.

Front, den ordnenden Leitsatz: „Alles für das Wohl des Volkes“; sondern laviert zwischen streitenden Gruppen.

Es gab eine Zeit, etwa in der Weimarer Republik, da war es ähnlich wie heute in den Westländern. Da nannte man den Reichstag „die Schwatzbude“. Die Gruppen zerredeten sich, Gesetze kamen nicht zustande, und eine einheitliche politische Linie, die von allen bejaht würde, konnte nicht entwickelt werden. Wir aber haben diese Gemeinsamkeit gefunden. Wir haben in den letzten vier Jahren 45 Gesetze beschlossen, und darunter waren so fundamentale Gesetzeswerke wie die neue Verfassung von 1968, das sozialistische Strafrecht, die Strafprozeßordnung, das Landeskulturgesetz, das unser Wasser vor der Vergiftung, unsere Luft vor tödlicher Verschmutzung und unsere Naturstoffe vor dem Verderb bewahren wird. Woher haben wir die Zeit zu so großen gesetzgeberischen Unternehmen gefunden?

Ist etwa niemand zu Worte gekommen? Volksaussprachen, wie sie zu den genannten Gesetzeswerken stattfanden, hat es in kapitalistischen Ländern noch nie gegeben. Zehntausende und Hunderttausende nahmen daran teil. Wir haben es auch verstanden, uns Ratschläge aus vielerlei Kreisen der Bevölkerung zu verschaffen. In den Fachausschüssen der Volkskammer sitzen alle Fraktionen, und zu den Verhandlungen werden Experten aus der Praxis, Berufsverbände und Fachwissenschaftler hinzugezogen. Manchmal sind solche Beratungen schon Konferenzen oder kleine Kongresse. Wir haben die Zeit für gründliche Beratungen gefunden, weil überall, in den Volksaussprachen und in den Fachausschüssen, die positiven Beiträge herausgefishcht wurden und weil die Rhetorik verbannt worden ist.

Weil die sozialistische Volksvertretung neue, zweckmäßige Verhandlungsmethoden ersonnen hat, konnte sie ein Pensum erledigen; an das früher nicht zu denken gewesen ist. Sie hat, wie sich das für ein Parlament geziemt, Regierungserklärungen entgegengenommen und sie von allen Fraktionen diskutieren lassen. Sie hat die Zeit gefunden, viele Dutzend ausländische Delegationen zu empfangen, um ihnen die Einrichtungen unseres Staates zu erklären, und wir selber sind auch hinausgefahren, um anhand von Materialien die Friedensliebe unseres Staates nachzuweisen. Nun sind wir schon von 30 Staaten völkerrechtlich anerkannt, und das sind 17 mehr als zu Beginn der Legislaturperiode. Wenn wir aber die Generalkonsulate und die Handelsmissionen hinzurechnen, wozu wir wohl berechtigt sind, so beläuft sich die Zahl unserer Auslandsvertretungen auf 63 Länder, in denen zwei Drittel der Menschheit leben. Das ist nicht nebenbei geschehen, es war zweckbewußte Arbeit, die dem Frieden dient, und sie hat dazu geführt, daß das Vierseitige Abkommen über Westberlin eine De-facto-Anerkennung auch durch die drei Westmächte darstellt.

Gesetze und Verträge sind nicht alles. Nehmen wir die Arbeiten des Kulturausschusses, der vor allem viererlei behandelt hat. Erstens hat er sich mit der Architektur und dem Bau der neuen Stadtkerne

befaßt. Ob mit Erfolg? Da gehe man einmal durch das Zentrum von Berlin oder Leipzig oder Karl-Marx-Stadt oder Rostock oder Cottbus oder Magdeburg oder Dresden, und dann denke man vier Jahre zurück. Der Bau von Stadtzentren hat früher Jahrhunderte gedauert.

Zweitens hat sich der Kulturausschuß um unsere Theater gekümmert, von denen einige Weltruhm besitzen und deren Aufführungen die kulturelle Diskussion in Gang halten.

Drittens hat sich das Musikleben verändert, nicht zuletzt deshalb, weil der Kulturausschuß aufgemuckt hat, als die Trivialmusik im Fernsehen und im Rundfunk überhandgenommen hat.

Das Wichtigste nennen wir zuletzt, an vierter Stelle: In jedem Jahr finden in einem anderen Bezirk Arbeiterfestspiele statt. Was da geleistet wird, um die Kunst nicht etwa nur dem Volk nahezubringen, sondern im Volk zu entwickeln, um die schöpferischen Kräfte überall zu wecken, kann hier nicht nebenbei beschrieben werden, ist aber meines Wissens ohne Gleichnis.

Das ist ein Stückchen unserer Bilanz, man könnte vielleicht sagen, unserer Rechenschaftslegung. Die neuen Ausblicke wird sich die neue Volkskammer selbst schaffen. Aber wenn unser Außenminister Otto Winzer im Fernsehen, sich auf die Kraft unseres Bündnisses mit der Sowjetunion berufend, auf die Bewegung für die europäische Sicherheit hinwies und dann die Überzeugung äußerte, daß unsere DDR in der kommenden Legislaturperiode ihren vollgültigen Platz in den internationalen Organisationen einnehmen werde, so ist das mehr als eine Erwartung. Ich glaube, auf die neue Stellung der Deutschen Demokratischen Republik in der Welt müssen wir uns vorbereiten. Da gibt es die UNESCO und das Internationale Arbeitsamt und das Weltgesundheitsamt und das Amt für Ernährung und Landwirtschaft, und zu ihnen allen, den großen, weltweiten Organisationen der UNO, werden wir beizutragen haben. Die Arbeitsfähigkeit der Volkskammer ist erwiesen, obwohl natürlich auch sie, wie alles sonst, verbesserungsfähig ist. In diesen Wahlen dürfen wir wohl ohne jede Übertreibung eine Bestätigung der Richtigkeit unseres Weges sehen und einen Auftrag, auf ihm weiter fortzuschreiten.

„Irish made“

von Henryk Kelsch

Von den für Irlands Hauptstadt charakteristischen Bauten im „georgianischen“ Stil ist in jedem ordentlichen Touristenführer die Rede. Er stammt natürlich nicht aus Georgien. Vielmehr trugen vom frühen 18. bis weit ins 19. Jahrhundert hinein vier aufeinanderfolgende Könige von England (die zugleich Kurfürsten oder Könige von Hannover waren) den Namen Georg. Während ihrer Regierungszeit wurde Dublin, schon seit dem Mittelalter Hauptbrückenkopf und Stützpunkt aller Invasionen, zum Zentrum des englischen ökonomischen, politischen und kulturellen Einflusses auf ein formal mit ge-

wissen Autonomierechten ausgestattetes Irland. Die Herrschaft der Engländer beruhte schon damals auf dem Einverständnis zwischen den alleingessenen und den im Gefolge der Eroberer eingedrungene[n], mit geraubtem Boden belehnten Großgrundbesitzern, die zusammen die führende aristokratische Oberschicht des Landes bildeten und sich zwar stetig stritten, aber ihre gemeinsamen Interessen dem Volk gegenüber gemeinsam behaupteten.

Am Rande der Insel, deren Bauernbevölkerung so zweifach ausgepowert wurde, im nach England und nach dem Kontinent zu offenen Dublin, entstand damals eine starke Konzentration von Reichtum, und der drängte nach Repräsentation. Die Prachtbauten, Wohnstraßenzüge, Parkanlagen, Brücken aus dieser Epoche prägen jetzt noch wesentliche Teile der Stadt, und sie sind in ihrer klassizistischen Strenge unleugbar sehr schön. Weniger schön mag man es finden, daß ein mächtiger, säulengeschmückter Komplex, der noch immer den Namen Parliament House führt, tatsächlich gar nicht das Parlament des Landes beherbergt, sondern — die Bank of Ireland. Diese erwarb nämlich das Gebäude für ein Butterbrot nach dem Erlaß der sogenannten Unionsakte im Jahre 1800, welche als Strafe für den großen revolutionären Aufstand von 1798 Irland ohne Einschränkung an England anschloß und damit ein eigenes Parlamentsgebäude überflüssig machte.

Von der Rolle, die Irland während des ganzen 19. Jahrhunderts als Hinterhof Großbritanniens, als Lieferant billiger Arbeitskräfte und halbkoloniales Ausbeutungsobjekt zu spielen hatte, zeugen auch heute noch viele Teile der Stadt. Schmalbrüstige, ärmliche und meist verfallende Häuser, oft sogar nackte Ruinen finden sich bis in unmittelbare Nähe der geschäftigen Hauptstraßen. Der Gegensatz zum vorherrschenden Bild der Städte im industriell entwickelten und kommerziell hypertrophierten Westeuropa springt in die Augen: viel Kleingewerbe und Kleinindustrie, geringe Bautätigkeit, kaum Verwaltungspaläste von Konzernen oder Banken.

Das will natürlich nicht heißen, daß die Geldmächte nicht existierten, nur stehen ihre Paläste anderswo, in London, in Düsseldorf, in New York. Sie haben auch längst mehr als nur ein interessiertes Auge auf Irland geworfen, wo Arbeitskräfte noch billig zu haben sind. Sie beginnen zu investieren, aber nach Gesichtspunkten, die von außen her bestimmt sind. Vor allem sind es Filial- und Montagebetriebe, die in den Dubliner Vororten entstehen, auf von der Regierung billig zur Verfügung gestelltem Gelände. Eine britische Automobilfirma zum Beispiel findet ihren Vorteil darin, ein bestimmtes Modell, dessen Montage im Stammwerk in eineinhalb Tagen erfolgt, im irischen Zweigwerk in zweieinhalb Tagen montieren zu lassen. Bei gleichen Lohnkosten kann hier die Arbeit, weil mehr Zeit dafür zur Verfügung steht, sorgfältiger ausgeführt werden. „Irish made“ wird so scheinbar zu einem Synonym für Qualität, was kurzichtigen Iren schmeichelt. Das Ganze hat noch den Vorteil, daß man die im Stammwerk beschäftigten britischen Arbeiter damit ein

bißchen erpressen kann. Verlangen sie zuviel Lohn, wird man einen noch größeren Teil der Produktion nach Irland verlegen.

Die Teilung des Landes, die als Religionskonflikt präsentierte Diskriminierung der Minderheit im Norden, die Aufstandsgärung, die Aktionen der I.R.A.? Ich gestehe, die damit zusammenhängenden Probleme erscheinen mir jetzt, da ich ein wenig davon, ganz wenig, halbwegs überblicke, noch komplizierter als vorher aus der Ferne. Der geringere Abstand macht sie gewiß nicht leichter durchschaubar, sondern zunächst schwerer. Wie im Grunde immer und überall, ist das nationale Problem auch hier, konkret genommen, ein soziales und Klassenproblem, und es will in seiner historischen Verwurzelung analysiert werden. Zudem bleibt es sogar in dem seit einem Halbjahrhundert staatlich unabhängigen Hauptteil der Insel bis heute überlagert und belastet von einem spezifisch irischen subjektiven Problem, dem der nationalen Identität.

Der so lange Zeit übermächtig wirksame Einfluß Englands, das Zurückdrängen der alten gälischen Nationalsprache in ein paar abgelegene Grafschaften der Westküste, die nach wie vor ungebrochene wirtschaftliche Abhängigkeit von England, die eigene Unterentwicklung, der seit Generationen anhaltende Bevölkerungsverlust durch Auswanderung landloser Bauern, arbeitsloser Proletarier, zukunftsloser Intellektueller — all das bildet den Hintergrund und den Nährboden eines bürgerlich-konservativen Nationalismus, dem es seit dem Sieg im Bürgerkrieg an einer klaren, die Volksmassen zuinnerst aktivierenden Konzeption fehlt und der, da im eigenen Staat die Zeit des Bombenlegens und der Feuerüberfälle auf die Polizei vorüber ist, zu Unsicherheit, Verschwommenheit und sentimentalem Rückblick verurteilt ist.

Als ein frappierendes Symbol hierfür erscheint mir, was ich an einem Sonntagvormittag im Hof der mittelalterlichen Schloßburg erlebte. Angezogen von den Marschrhythmen einer Bläserkapelle, fanden wir dort eine vorwiegend aus älteren Männern, ja Greisen bestehende Menge vor, die eben die benachbarte Kirche verließ. Die Männer gruppierten sich zu einer Art Karree, legten Uniformkoppel um ihre ordengeschmückten Zivilanzüge, man verteilte alte Gewehre an sie, Fahnenträger traten hinzu, Kommandos ertönten, die Marschmusik setzte wieder ein. Eine zugleich rührende und bedrückende Parade begann.

Diese Männer, die Jüngsten unter ihnen mußten an die siebzig sein, waren Veteranen des berühmten Osteraufstands von 1916 und der folgenden Bürgerkriegsjahre. Zum Abschluß einer für die Gefallenen beider Seiten in der Kirche gelesenen Messe spielten sie hier noch einmal Partisan. Die Härte eines Volkskampfs und der Glanz der Hoffnungen, die sie gewiß damit verbanden, sind ihre Vergangenheit, Burgfrieden, Kompromiß und Erinnerung ihre Gegenwart.

Daß es für diese Generation eine Zukunft nicht mehr gibt, ist in der Natur der Dinge begründet. Aber welche Zukunft kann sie ihren Söhnen in Aussicht stellen?

(wird fortgesetzt)

Wenn es einen Preis für die zynischste Verlautbarung der letzten zwei Jahrzehnte gäbe, er müßte den Machthabern in Peking zufallen: jene nur mit Schaudern und Abscheu zu vernehmende Erklärung, daß ein Atomkrieg vom Standpunkt der gesellschaftlichen Entwicklung der Menschheit keine Katastrophe darstellen würde. Zwar würden ganze Völker, insbesondere des dichtbesiedelten Europa, ausgelöscht werden, aber wahrscheinlich, so hieß es, würde von den über 700 Millionen Chinesen die Hälfte überleben und dann auf den Trümmern des atomaren Weltbrandes in der ganzen Welt „den Sozialismus errichten“. Das war 1960 aus Peking zu vernehmen. Welch grauenvolle Verirrung, welch menschenfeindlicher Chauvinismus, nachdem China seinen Weg mit brüderlicher Hilfe der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder 1949 so verheißungsvoll begonnen hatte!

Die politische Linie der Mao-Leute ist seit 1960 offen darauf gerichtet, das sozialistische Lager zu schwächen, zu spalten, die internationale Arbeiterbewegung zu verwirren und in Gruppen gegeneinander auszuspielen und — seit sich erwiesen hat, daß diese Taktik wenig erfolgreich ist — die sozialistischen Staaten, insbesondere die Sowjetunion, in einen heißen Konflikt mit den führenden Militärmächten der imperialistischen Welt zu treiben. „Auf dem Berge sitzend“ gedachte man, den „Kampf der Tiger im Tal“ als lachender Dritter zu verfolgen und sich schließlich zum Herrn der Welt zu machen.

Hier zeigt sich, was die bildhafte Umschreibung der beiden Hauptkontrahenten angeht, die sich zerfleischen sollen, eine bemerkenswerte Parallele zu einem Wort, das Winston Churchill zugeschrieben wird. Er habe, so wird berichtet (Jan Prazsky ging kürzlich in „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, 9/71, darauf ein), kurz vor seinem Tode seine Vorstellung von der Zukunft der Welt präzisiert als eine „Zirkusarena, in der zwei Elefanten mit mächtigen Stoßzähnen manövrieren und die übrigen Teilnehmer nur die Sorge haben, von diesen Giganten nicht zertrampelt zu werden“. Ob Tiger, ob Elefanten — in beiden Fällen werden, mit hinterlistiger Absicht, die UdSSR wie die USA als gleichartige, wenn nicht gar gleichermaßen böartige, mächtige Rivalen dargestellt, die um die Herrschaft der Welt raufen. Dem gleichen Arsenal ist der immer häufiger lancierte Begriff von den „beiden Supermächten“ entnommen. Was schwingt da nicht alles mit: Superman, Superkiller, Superbombe, Überlegenheit durch eiskalte Anwendung von Gewalt, Rechtfertigung der erfolgreichen Brutalität. Attribute, die dem Wolfsgesetz des Kapitalismus zugeordnet sind oder gar von ihm gezeugt, werden so bewußt der stärksten Kraft des humanistischen sozialistischen Weltsystems unterschoben wie, völlig zu Recht, der Hauptmacht des imperialistischen Lagers, den USA, zuerkannt.

Die Absicht liegt auf der Hand: Der Prozeß der Klassenorientierung, weltweit im Gange, soll durcheinandergebracht und schließlich paralyisiert werden. Die schon für Hunderte Millionen Menschen aller Kontinente immer bewußter erkennbare Zweiteilung der Welt in Sozialismus, Frieden, Vermenschlichung einerseits und absterbenden Kapitalismus, Kriegsgefahr und Konservierung der Unmenschlichkeit andererseits soll vom Bild einer Welt verdrängt werden, in der es nach einer anderen Wertigkeit geht; etwa nach der, ob man sehr viele, ob man wenige oder gar keine Waffen besitzt. Die Welt wird sozusagen horizontal eingeteilt, der Klassenkampf, der Kampf zwischen Verteidigern und Bedrohern des Friedens wird bewußt ignoriert, und wenn sich die „Supermächte“ in der „obersten Etage“ gegenseitig an die Gurgel gehen, dann haben die Kleineren nur die Hoffnung, daß die ganz Großen sich möglichst dabei umbringen. Bis es aber soweit kommt, hofft man, wenn man nicht gerade zu Maos engsten Trabanten gehört, auf die Wirkung des „Gleichgewichts des Schreckens“, einer Unterabteilung der „Supermächte“-Theorie, in der nur militärisches und wirtschaftliches Potential eine Rolle spielen, weltanschauliche, gesellschaftliche, soziale, politische, kulturelle Aspekte aber völlig „übersehen“ werden.

Damit jedoch wird die entscheidende Frage über den Charakter der beiden Hauptmächte der sich gegenüberstehenden gesellschaftlichen Weltsysteme ausgeklammert. Diese Elefanten-, Tiger- oder „Supermächte“-Theorie ist aber auf Sand gebaut. Die einfache Frage nach dem „Cui bono?“ brächte sie zum Einsturz. Kennzeichnend für die verschiedenen Verfechter dieser unrealistischen Version ist, wie Prazsky in dem bereits erwähnten Artikel hervorhebt, auch die Mühelosigkeit, mit der sie von „panischem Geschrei über die Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen den ‚Supermächten‘ zu ebenso panischen Erklärungen über die Gefahr eines ‚Komplots‘ zwischen der UdSSR und den USA übergehen. Diesen zweiten Popanz ziehen sie jedesmal hervor, wenn die Sowjetunion Verhandlungen mit den USA und den anderen kapitalistischen Staaten aufnimmt, um eine friedliche Lösung für die herangereiften internationalen Probleme zu finden.“

Prazsky hatte seinen Aufsatz lange vor der Bekanntgabe der Einladung Nixons in die Sowjetunion geschrieben, aber schon hört man von kleinbürgerlichen Anhängern des Mao-Kultes geradezu automatisch wieder die skurrilsten Anklagen gegen ein „entlarvtes Komplott“ des „revisionistischen Sozialimperialismus mit dem amerikanischen Imperialismus“. Leute, die derartigen Unsinn verbreiten, können für sich keine mildernden Umstände wegen Unkenntnis der wahren Vorgänge beanspruchen. Lenin begründete ausdrücklich als ein Mittel des Klassenkampfes das Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Und dies wurde nachweislich nicht als geheime Verschwörung konzipiert. Die Politik der Sowjetunion hat, im Gegensatz zu der von Peking propagierten und verhängnisvoll demonstrierten, nie die „großen Sprünge“ zu ihrer Methode gemacht, sie

vollzieht sich in klar überschaubarer Linie. Im Gegensatz zur Politik der imperialistischen USA hat die Sowjetunion kontinuierlich einen Kurs befolgt, der im Interesse der gesamten Menschheit auf Entspannung, Erhöhung der internationalen Sicherheit und Zurückdrängung der Kriegsgefahr gerichtet ist. In der sowjetischen Politik, so heißt es in einer Resolution des XXIV. Parteitages der KPdSU, ist die Zurückweisung jeder Aggression „stets verknüpft mit dem konstruktiven Kurs auf die Regelung der herangereiften internationalen Probleme...“.

Das erfordert sowohl Klugheit und Geduld als auch Prinzipienfestigkeit, hohes Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem eigenen Volk wie gegenüber allen Völkern der Erde und eine Basis der Analysen und Entscheidungen, wie sie nur der Marxismus-Leninismus geben kann. Die mit den anderen sozialistischen Ländern eng koordinierte Politik der Sowjetunion hat in einer Welt, die von den imperialistischen Mächten mehr als einmal an den Rand des heißen Krieges gedrängt worden ist, die Menschheit vor einem neuen Weltbrand bewahren können. Die UdSSR hat sich dabei sowohl als Hauptkraft der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten wie als zuverlässiger Verbündeter aller für nationale Befreiung und gesellschaftlichen Fortschritt auf dieser Erde kämpfenden Kräfte bewährt.

Weder in der Sowjetunion noch sonstwo in der Welt sieht man indessen irgendeinen Anlaß, sich Illusionen über etwaige positive Veränderungen des Charakters des amerikanischen Imperialismus zu machen. Verändert hat sich aber, zuungunsten des amerikanischen Imperialismus, das Kräfteverhältnis in der Welt. Zahlreiche internationale Abmachungen der letzten Jahre, die eine Verminderung der Spannungen zum Ziel und Inhalt haben, bestätigen dies. Das Viermächte-Abkommen über Westberlin ist nur ein Beispiel für viele. Nixons Einladung nach Moskau und die Annahme dieser Einladung zeugen davon, daß die Zeit herangereift ist, weitere Probleme, die die Welt noch in Spannung und Sorge halten, in Angriff zu nehmen. Soviel scheint man heute auch in führenden Kreisen der USA einzusehen: Ein Ausweg aus der tiefen Krise, in der die USA selbst, mit ihnen aber ein Großteil der kapitalistischen Länder überhaupt stecken, ist bei einer Fortsetzung der bisherigen Politik hemmungsloser „Supermacht“-Demonstration nicht möglich. Wenn auch Nixons Reise nach Moskau ohne Illusionen betrachtet werden muß — deutet sie doch an, daß die Positionen des Imperialismus permanent schwächer werden und die Möglichkeiten, die friedliche Koexistenz ausweiten zu können, ständig wachsen.

In Peking mag man es mit Mißvergnügen konstatieren, wenn auf diese Weise die infernalische Spekulation vom mörderischen Atomkrieg zerrinnt. Bei den Menschen jedoch, die das Leben bewahren und immer lebenswerter machen wollen, festigt sich angesichts der Offensive der sowjetischen Friedenspolitik, die auch vor Washington nicht haltmacht, die Zuversicht, daß der Krieg nicht nur aus Europa, sondern aus der ganzen Welt verbannt werden kann.

Der „Bayernkurier“ (CSU) und der „Rheinische Merkur“ (CDU) zogen nach dem Saarbrücker CDU-Parteitag Bilanz. Das ist aufschlußreich. Beide Zeitungen sprechen für die äußerste Rechte der Gesamt-Union. Die Straußsche Hauspostille hat sich auf das Wachrufen oder Reaktivieren nationalistischer Emotionen spezialisiert, während ihr Pendant in Koblenz den intellektuellen Ansprüchen der ultramontanen „Highbrows“¹⁾ gerecht zu werden bemüht ist. Hier soll anhand einiger Stichproben untersucht werden, inwieweit man übereinstimmt und wo sich die Vorstellungen zur Zeit noch unterscheiden. Der Akzent liegt dabei auf dem „noch“.

In der Entschlossenheit zur „totalen Opposition“ ist man sich natürlich einig. (Auf dem Münchner Parteitag der CSU wurde das bereits demonstrativ vorgeführt.) In der Koblenzer Redaktion hält man eine „publikumswirksame gemeinsame Plattform mit der CSU“ für unentbehrlich; und in der Münchner Lazarettstraße plädiert man für „eine überzeugende Mannschaft, die jederzeit zur Übernahme der Regierungsverantwortung fähig ist ...“. Sehr im Gegensatz zum Strauß-Sprachrohr versagt man sich aber jegliche Polemik den Unterlegenen gegenüber. Für Koblenz ist Kohl „der faire Verlierer“ — in München werden „Kohl und Anhang“ kräftig angerempelt: Es nutzte nichts, daß sich „... der neue Ehrenvorsitzende“ (Kiesinger) „massiv“ für seinen Protegé eingesetzt hatte und Schröder seine „permanente Schweiger-Rolle“ ausnahmsweise aufgab, um sich in einer „ungewöhnlich engagierten Weise... gegen das Führungskonzept Barzels“ auszusprechen. Und obwohl es Barzel ohne den Beistand der CDU-Sozialausschüsse nie auf 67 Prozent der Stimmen gebracht hätte, erneuerte sein bayerischer „Freund“ jetzt die Kriegserklärung an sie: „Eine CDU, deren Bandbreite etwa bei der Stellungnahme zum Berlin-Abkommen so weit geht, daß sie vom ‚Dafür-hätten-wir-den-Russen-die-Füße-geküßt‘ bis zur scharfen Ablehnung reicht, muß endgültig der Vergangenheit angehören ...“ Das ist unmißverständlich, denn Norbert Blüm (CDU-Sozialausschüsse) hatte das Vier-Mächte-Abkommen über Westberlin mit den zitierten Worten gewürdigt.

Im „Rheinischen Merkur“ werden keine Bedingungen gestellt; man begnügt sich mit der eher väterlichen Ermahnung, daß es das gemeinsame Interesse erfordere, künftig nicht mehr „mit mehreren Zungen zu reden“. Für ihn ist das Rennen gelaufen, und zwar wunschgemäß. Barzels Nominierung zum Kanzlerkandidaten der Union sei ja nur noch eine reine Formalität. Diese aber sollte man nun nach einer möglichst „kurzen Vorbereitung“, selbstverständlich „in Abstimmung mit der bayerischen Schwesterpartei“, aber ohne weiteren Zeitverlust erledigen. Rasches Handeln bannte wohl auch am ehesten die Gefahr, daß „das Gerangel um den ersten Platz in

1) die „geistige Elite“, die mit den hochgezogenen Augenbrauen

der Spitze der Unionsparteien“ etwa doch noch einmal von vorn beginnen könnte.

Strauß ist in diesem Punkt völlig anderer Meinung. Für ihn hat in Saarbrücken lediglich die Wahl des neuen CDU-Vorsitzenden stattgefunden. Wenn diese Wahl auf Rainer Barzel fiel, so war dafür vermutlich ausschlaggebend, daß „die Erfahrungen“, die er als CDU/CSU-Fraktionsführer „im zweijährigen Einsatz gegen die Regierung Brandt/Scheel...“ sammeln konnte, ein für „die CDU-Spitze in der *derzeitigen* Situation unentbehrliches Kapital“ darstellen. Dem „Vorsitzenden der CDU“ verspricht sein Kollege, der Vorsitzende der CSU, ein „kooperationsbereiter Partner“ zu sein, „um die... in Jahrzehnten bewährte Kampfgemeinschaft erfolgreich fortzusetzen“. Die CDU hat sich in Saarbrücken faktisch schon für die Kanzlerkandidatur des Rainer Maria Barzel ausgesprochen; doch niemand sollte sich einbilden, daß diese Entscheidung, vielleicht weil sie mit so imponierender Mehrheit getroffen wurde, für Strauß schon verbindlich wäre.

Und bloß keine Vorschußlorbeeren! Tatsächlich „wartet“ ja auf den Parteivorsitzenden Barzel einiges; zum Beispiel ein Berg Schulden, rund elf Millionen, den Kiesinger und Heck aufgehäuft haben. Acht Millionen müssen, zur Abdeckung der dringlichsten Verpflichtungen, sofort aufgebracht werden, 40 Millionen wird, laut Voranschlag, der Wahlkampf 1973 kosten. Vielleicht hofft Barzel, Leisler Kiep, den er für das Amt des CDU-Schatzmeisters gewonnen hat, werde in die Fußtapfen seines Vaters treten (Wb. 40/1971, S. Kahn: „Nürnbergs Fall Nr. 6“). Strauß ist da besser dran — er ist seiner Mäzene sicher. Barzel wird auch beweisen müssen, ob er außer „diplomatischem Geschick... die Bereitschaft zum harten Durchgreifen“ aufbringt. Der neue Vorsitzende werde, angesichts der „Fülle organisatorischer Besserungserfordernisse...“ über mangelnde Beschäftigung in den nächsten Jahren nicht zu klagen haben“. Damit will der „Bayernkurier“ suggerieren: Warum also nicht eine gute Weile verstreichen lassen, ehe man ihm auch noch die zusätzliche Arbeit aufbürdet, die mit der Nominierung zum Spitzenkandidaten der Union ja unweigerlich verbunden ist? Bis dahin wüßte man dann auch, ob er seine Kräfte und Fähigkeiten nicht vielleicht doch überbewertet hat...

Es wird zwar nicht ausgesprochen, aber niemand kann überhören, daß Strauß auf Zeitgewinn aus ist, weil diese Taktik sich für ihn auf jeden Fall lohnen wird. Denn wenn Barzel, der sich inzwischen selbst zum „Testamentsvollstrecker Konrad Adenauers“ ernannt hat, unbedingt heute schon Gewißheit haben will, so hat das eben seinen Preis. Und natürlich pressiert es Barzel und seinen Hintermännern, denn die Befürchtung des „Rheinischen Merkur“ ist ja nicht aus der Luft gegriffen, bei einem Hinauszögern der Nominierung Barzels auch zum Kanzlerkandidaten könnte es sich mancher in der CDU-Spitze doch noch einmal anders überlegen. Nach dem jüngsten Gerücht hier in Bonn scheint Strauß schon einiges eingehandelt zu ha-

ben. Demnach hätte nämlich Barzel dem CSU-Boß das Vizekanzleramt, das Wirtschafts- und das Finanzministerium, wenn auch vorläufig nur in seinem Schattenkabinett, versprochen und für dessen beide Getreuen, Richard Jäger, genannt Kopf-Jäger, und den Meinsbaurer Friedrich Zimmermann, je ein Ressort nach Wahl zugesichert.

Die Mitschuldigen

von Bruno Frei (Wien)

Schwarze Magie nannte Karl Kraus die Kunst, aus Drucker-schwärze Blut zu machen. Die Kunst steht unter dem Markenschutz „Freiheit der Presse“. Als kürzlich die Veröffentlichung der Pentagon-Papiere die westliche Welt schockierte (die östliche war über die große Lüge so wenig überrascht wie über das kleine Einmaleins), wurden die Regierungen Eisenhower, Johnson, Kennedy rechtens der bewußten Irreführung der Nation (und der Welt) geziehen. Nicht wenige fügten den Namen Nixon hinzu. Aber niemand fragte: wer sind die Handlanger? Weder das Pentagon noch das Weiße Haus hätten jahrelang ganz Amerika und die halbe Welt belügen können, hätten sie sich nicht einer weitverzweigten Lügenindustrie bedienen können. Ohne die Zentren der Meinungsfabrikation, ohne Hunderte Zeitungen, Radiostationen, Fernsehstudios, ohne Zehntausende Reporter, Nachrichtenredakteure, Leitartikler, wäre der gigantische Betrug, der den Völkern Indochinas unermeßliches Leid und Amerika das Gespenst des militärischen, politischen, moralischen und finanziellen Bankrotts brachte, nicht möglich gewesen. Wenn es einmal einen „Nürnberger Prozeß“ gegen die Kriegsverbrecher der Gegenwart geben wird, dann werden die journalistischen Helfershelfer des Pentagon-Betrugs als Mitschuldige auf der Anklagebank sitzen.

Es ist ein Amerikaner, der sie beim Namen nennt. James Aronson, ehemaliger Herausgeber des linken „National Guardian“, hat in einem Buch („The Press and the Cold War“) das Material für die Anklageschrift zusammengestellt, indem er die Haltung der amerikanischen Presse zu Krieg und Frieden einer gründlichen Analyse unterzog. Sein theoretischer Ausgangspunkt erscheint uns illusionär; wir nehmen ihm die Heiligsprechung der amerikanischen Verfassung nicht ab, wo für ewige Zeiten bestimmt wird, daß weder Regierung noch Kongreß die Freiheit der Presse antasten dürfen. Wir wissen es besser. Doch führt den Verfasser das Dogma von der verfassungsmäßig garantierten Pressefreiheit zu dem zwingenden Schluß: wenn die Presse so unantastbar ist, warum steht sie der Regierung nicht unabhängig, kritisch, enthüllend, anklagend gegenüber? Warum folgt sie sklavisch den Winken des Pentagon und des Weißen Hauses? Warum stellt sie sich freiwillig in den Dienst der großen Lüge?

Das Material, das Aronson vorlegt, ist in der Tat für den selbst-

fabrizierten Ruf der bürgerlichen Presse, Wahrerin des öffentlichen Wohls zu sein, tödlich. Statt das öffentliche Wohl (das heißt doch wohl vor allem: den Frieden) zu wahren, diente sie seit 1918, seit der Geburt eines neuen Weltsystems, mit blinder Konsequenz der großen Lüge, wissend, was sie tut.

Für uns ist da nichts Geheimnisvolles dran. Wir wissen, was von der amerikanischen Presse zu halten ist. Aber Aronson glaubt an die Bill of Rights, und er mißt an der garantierten Pressefreiheit das Ausmaß der freiwilligen Gleichschaltung. Immer bereit, den kalten Krieg in einen heißen zu verwandeln.

Der kalte Krieg begann, wie der Verfasser deutlich macht, schon 1918, nicht erst 1946, mit Churchills Fulton-Rede. Die „Rote Gefahr“ wurde Glaubensartikel, nicht anders als die „Türkengefahr“ im 16. und 17. Jahrhundert. In den ersten zwei Jahren nach der Oktoberrevolution ist in der „New York Times“ die Sowjetregierung 91mal gestürzt, Petrograd ist sechsmal gefallen, dreimal „fast“ gefallen, zweimal niedergebrannt, zweimal von Panik ergriffen, sechsmal in Aufruhr gestürzt, und verhungern — immer. Die Zahl der von den „siegreichen“ Weißen getöteten Bolschewiki und der von ihnen erbeuteten Waffen überstieg die Gesamtstärke der Armeen und Waffen der Bolschewiki um ein Vielfaches.

Seit 1920, also seit mehr als 50 Jahren, wird in den amerikanischen Zeitungen (von den wenigen linken Oppositionsblättern abgesehen) das Wort Friede, sofern es von der Sowjetunion gebraucht wird, in Führungszeichen gesetzt. „Friede wurde zum fellow-traveller der Roten Gefahr“, schreibt Aronson nicht ohne Witz. Niemand beachtete die Unvereinbarkeit zweier einander entgegengesetzter Haßformeln: die Sowjetunion war ein verendendes Staatswesen und zugleich eine weltweite Gefahr.

Der Verfasser meint, und es fehlen ihm nicht die Beweise, die anti-sowjetische Hysterie wäre nicht zuletzt zu innerpolitischen Zwecken geschürt worden. Gezielt wurde auf die Nonkonformisten jeder Hautfarbe und jeder Richtung. Blumig schildert der Generalstaatsanwalt A. Mitchel Palmer 1920 die „Rote Gefahr“: „Wie ein Präriefeuer rast die Revolution über Gesetz und Ordnung in Amerika; sie frißt sich in das Heim des amerikanischen Arbeiters, sie züngelt an den Altären unserer Kirchen, sie kriecht in die Schlafräume der amerikanischen Familie, um Ehegölube in Ausschweifung zu verwandeln.“

Nach dem zweiten Weltkrieg nahm die von den Zeitungen betriebene Kommunistenhatz dem Hexenwahn ähnliche Ausmaße an. Aronson gräbt pietätlos die Berichte über die „Verhöre“ der diversen Senatskommissionen aus, wo der Wahnsinn Methode hatte. Der ehemalige US-Botschafter in Moskau William C. Bullitt vor dem berüchtigten Rankin-Committee:

Rankin: Ist es wahr, daß sie dort in Rußland die Leichen von Menschen essen?

Bullitt: Ich sah ein Photo von dem Skelett eines Kindes, das von den Eltern aufgegessen wurde.

Rankin: Es gibt also Sklaven in Rußland?

Bullitt: Es gibt mehr Sklaven in Rußland, als es jemals in der Welt gegeben hat.

Rankin: Sie sagten früher, daß 60 Prozent der Mitglieder der Kommunistischen Partei in den Vereinigten Staaten Ausländer sind; nun, wieviel Prozent dieser Ausländer sind Juden?

Unkommentiert abgedruckt in den meisten amerikanischen Zeitungen im Jahre 1945, im Jahre des Sieges der Alliierten über Hitler!

So begann die zweite Phase des kalten Krieges.

„Ich bin überzeugt“, schreibt Aronson, „die amerikanischen Zeitungen wußten, daß Truman die antisowjetische und antikommunistische Kampagne brauchte, um die Bevölkerung, das heißt die Wähler, von den beginnenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten abzulenken.“ Die Zeitungen paßten die Fakten dieser Linie an. „Sagst du etwas oft genug, wird der Leser bereit sein, es zu glauben, und dann wird es auch geschehen. Bei Gegnern nennen wir das Gehirnwäsche.“

Hitler, in „Mein Kampf“, hat das Rezept empfohlen.

Es ist natürlich nicht möglich, im Rahmen eines berichtenden Artikels die Geschichte der großen Lüge, wie sie Aronson erzählt, wiederzugeben. Das hieße die politischen Ereignisse des letzten Vierteljahrhunderts aufrollen. Es ist immer dasselbe. Die Regierung interveniert in Guatemala, die Zeitungen machen dazu Chormusik. Die Regierung bereitet die Landung in Kubas Schweinebucht vor, die Zeitungen verschweigen, was sie über die Vorbereitungen wissen; sie wollen den geplanten Überfall nicht stören.

Aronson schildert die Szene. Ein Korrespondent berichtet der „New York Times“ Einzelheiten über die Aufstellung der Exilkubaner in Florida unter Anleitung der CIA. Der Chefredakteur ruft James Reston an, damals Leiter des Washingtoner Büros der großen Zeitung, fragt, was zu tun sei. Dieser sagt kurz und bündig: „Nicht bringen!“ Das ist sein „Patriotismus“. Eine Aktion der Regierung dürfe nicht gestört werden, und wenn sie hundertmal kriminell ist. Arthur Schlesinger jr., damals Kennedys Assistent, schreibt in seinem Erinnerungsbuch: Hätte sich die Presse weniger „verantwortungsbewußt“ (das heißt: gefügig) verhalten, hätte sie vielleicht dem Lande eine beschämende Niederlage erspart.

Ob eine vorzeitige Veröffentlichung der Landungsvorbereitungen diese verhindert hätte, ist im nachhinein schwer zu sagen. Wahrscheinlich ist es so, daß eine imperialistische Regierung wie die amerikanische gar nicht in der Lage wäre, ihre Aggressionen, Treubrüche, Kriege auszuführen, stünde ihr nicht eine dienstbeflissene Presse zur Verfügung, bereit, dem Volk Sand in die Augen zu streuen, Schwarz für Weiß, Lüge für Wahrheit, Völkermord als Rettung der Freiheit auszugeben. Indem die Zeitungen Amerikas eine Regierung, die bei Nacht und Nebel über Kuba herfällt, decken, schaffen sie erst die öffentliche Meinung, die den Imperialisten erlaubt, unter Zustimmung des belogenen Volkes als Imperialisten zu handeln.

Die Funktion der amerikanischen Presse — der sogenannten großen vor allem — als Werkzeug der Kriegspartei wird besonders deutlich zur Zeit der Kubakrise (1962). Aronson ist mit anderen der Meinung, daß die Kriegshysterie nicht ohne Zusammenhang mit den damals bevorstehenden Kongreßwahlen entfacht wurde. Diesmal hieß der Präsident nicht Truman, sondern Kennedy, das Manöver war das gleiche. Der bekannte Leitartikler Drew Pearson schrieb am 26. Oktober 1962 (als alles vorbei war): „Letzten Endes waren es innerpolitische Faktoren, die zur Entscheidung drängten. Vizepräsident Johnson hatte berichtet, daß Kuba der Demokratischen Partei in der Wahlbewegung großen Schaden zufüge, da der Eindruck vorherrscht, Kennedy sei unentschlossen. Auch der Präsident hatte das entdeckt; mit Besorgnis sah er eine Niederlage im Kampf um die Gouverneurposten von New York, Michigan, Ohio, Kalifornien voraus, mit katastrophalen Folgen für die Präsidentenwahl von 1964. Dies und der Wunsch, die Russen in eine Defensivsituation zu drängen, waren die wirklichen Ursachen für die historische Entscheidung über Kuba. Eine militärische Bedrohung durch Kuba hatte mit der ganzen Sache sehr wenig zu tun.“

Man beachte: das Geständnis kam nach der Krise. Vorher aber hatten die „großen“ Zeitungen alles getan, einschließlich der Unterdrückung von Nachrichten, um Kennedy bei dem Geschäft der Aufbauschung der Affäre nicht zu stören. Kennedy stand in direkter telefonischer Verbindung mit dem Herausgeber der „New York Times“, Dryfoos. Nach dessen Tod bekannte Kennedy in seinem Kondolenzschreiben an die Witwe, daß Dryfoos in der Kubakrise der Regierung durch die Zurückhaltung von Nachrichten einen großen Dienst und damit „einen wesentlichen Beitrag zur nationalen Sicherheit“ geleistet habe.

Gleichzeitig mit der späten Enthüllung Drew Pearsons über die innenpolitischen Hintergründe der Krise, die einen dritten Weltkrieg hätte auslösen können, erklärte Arthur Sylvester, Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium (zuständig für Pressefragen), mit rührender Unschuld: „In der Welt, in der wir leben, sind Nachrichten über Aktionen der Regierung Waffen im Kampfe. Inhalt solcher Nachrichten und der Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung gehören zum Waffenarsenal des Präsidenten bei der Lösung politischer Probleme oder bei der Ausübung politischen Druckes in der internationalen Arena.“

Die Pentagon-Papiere enthüllen, wie durch Vermittlung einer willigen Presse das Volk in Fragen von Krieg und Frieden belogen wird. Die Mitwirkung der Presse an dem Betrug ist entscheidend. Aronson beschreibt, wie in der Pressekonferenz von McNamara (1964), als der berühmte Zwischenfall in der Bucht von Tonking erfunden wurde, kein einziger der anwesenden Reporter durch eine Frage versucht hätte, dem Kriegsminister unbequem zu werden, wie wohl kein Mensch mit gesundem Menschenverstand glauben konnte, daß ein paar kleine nordvietnamesische Kanonenboote die Schlachtflotte der USA herausgefordert hätten. Wie wir heute aus

den Pentagonpapieren wissen, war der Zwischenfall als Vorwand für die Bombardierung Nordvietnams erfunden worden. Von 27 Leitartikeln der wichtigsten amerikanischen Zeitungen haben 24 ohne Vorbehalt zugestimmt, zwei äußerten schwache Einwände, einer enthielt sich der Stellungnahme. Aronson kommt zu dem Schluß, daß die amerikanischen Zeitungsleute in ihrer übergroßen Mehrheit im Verlaufe des Vietnamkrieges Handlanger und Agenten des Pentagons waren, also Mitschuldige. Ohne ihre Mitwirkung wären die Verbrechen in Vietnam, die zweitgrößten der Weltgeschichte, nicht möglich gewesen.

Lenin ist naheliegend: „Man muß den Leuten die reale Situation erklären: wie groß das Geheimnis ist, in dem der Krieg geboren wird.“ Das Geheimnis liegt in der Manipulation der öffentlichen Meinung. Indem die bürgerliche Presse die vom Imperialismus gebrauchte kriegerische Volksstimmung durch pausenloses Wortgetrommel erzeugt („rote Gefahr“, „Verteidigung der Freiheit“, „Drohung vom Osten“ etc.), macht sie die Spannung, im äußersten Fall den Krieg erst möglich.

Worte schaffen Wirklichkeit. Marxens Lehrsatz: „Auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen erfaßt“, gilt auch für die böse, die falsche Theorie, für die Theorie des Bösen. Diejenigen, die mit ihrem Wort an der Formung der Wirklichkeit teilhaben, indem sie das Denken und Fühlen der Massen beeinflussen, sind neben den geheimen Drahtziehern die Hauptverantwortlichen für Krieg und Frieden. Das mutige Buch von James Aronson zeigt, daß es auch in den USA Journalisten gibt, die sich dieser Verantwortung bewußt sind.

Für wen reiste der Tenno? (II)

von Arndt-Peter Andrekath

Als Japan — nach den USA-Atombombenangriffen auf Hiroshima und Nagasaki und nach der Zerschlagung seiner in der Mandschurei stehenden Elitetruppen durch die Sowjetarmee — bedingungslos kapitulierte hatte, wurden seine Inseln von den USA-Pazifikstreitkräften unter dem Kommando General Douglas McArthurs besetzt. Nachdem die Amerikaner vorübergehend den Kurs einer totalen Demilitarisierung und Entmündigung Nippons verfolgt hatten, schalteten sie bald auf eine Politik der politischen, militärischen und ökonomischen Restauration „traditionelle“ Machtverhältnisse in dem ostasiatischen Lande um. Unter ihrem Okkupationsregime gelangten die „Zaibatsus“ (Monopolcliquen) rasch wieder in den Sattel. Welches Ausmaß die erneuerte Konzentration ökonomischer Macht annahm, mag die Tatsache verdeutlichen, daß 1969 allein 44 „entflochtene“ Unternehmen des Mammutkonzerns Mitsubishi einen gemeinsamen Rekordumsatz von 18,5 Milliarden Dollar erreichten — fast soviel wie das japanische Budget. Begünstigt durch eine Reihe besonderer Umstände — die Ausnutzung der Korea- und Vietnamaggressionen, die Übernahme vormals britischer und niederländischer Märkte, die lang-

fristige Beibehaltung verhältnismäßig geringer eigener Militärausgaben und beachtliche Erfolge auf dem Gebiet der wissenschaftlich-technischen Entwicklung —, vor allem aber rabiate Ausbeutungsmethoden ermöglichten es der japanischen Großbourgeoisie, das Land in die Spitzengruppe der Weltindustrienationen vorzuschieben. (Die enorm hohe Mehrwertrate, besonders in den Konzernbetrieben, wird durch folgende Zahl deutlich: Für das Jahr 1970 registrierte man in Japan ein — die weit schlechtere Situation großer Teile der Werk tätigen zweifellos noch verschleiern des — Pro-Kopf-Einkommen von 1560 Dollar, das ist zwar der höchste Durchschnittssatz Asiens, aber nur der 14. Platz in der kapitalistischen Welt!) Nacheinander wurden Italien, Großbritannien, Frankreich und die BRD ökonomisch überholt. In wichtigen Industriezweigen nahm Japan die Spitze oder den zweiten Rang unter den kapitalistischen Ländern ein: so im Schiffbau, in der Stahlerzeugung, in der Petrochemie, der Elektronik und schließlich auch der Autoproduktion.

Mit der wirtschaftlichen Macht wuchsen die politischen und militärischen Ambitionen. Aus jenen — von Verfassungsartikel 9 verbotenen — „Selbstverteidigungskräften“ (SDF), die von den USA während des Koreakrieges (1950—1953) zur Stabilisierung ihrer Aufmarsch- und Nachschubbasis aufgestellt worden waren, ist inzwischen die ihrer Feuerkraft nach stärkste konventionelle Armee des kapitalistischen Asiens geworden.

Für die herrschenden Monopolgruppen der Vereinigten Staaten und deren politische Vorhut erwiesen sich die Japaner als „Zauberlehrlinge“, deren Kräfte nicht mehr zu bändigen waren. Unter Ausnutzung der „besonderen Beziehungen“ zwischen Washington und Tokio, wo einander ablösende Rechtsregierungen der Liberal-Demokraten in proamerikanischer Unterwürfigkeit miteinander wetteiferten, drangen die exportorientierten japanischen Unternehmen mit beispielloser Expansivität auf den USA-Binnenmarkt vor. Im Jahre 1970 gingen 30,7 Prozent der Gesamtausfuhr Japans in die Vereinigten Staaten, der Handel in beiden Richtungen — für die USA seit 1966 passiv — erreichte ein Volumen von 11,6 Milliarden Dollar. Natürlich schrien die stimmungswaltigen USA-Monopole Zeter und Mordio. Eine sich ständig verschlechternde Wirtschaftslage im eigenen Lande vor Augen, erhoben sie immer lauter die Forderung nach Restriktionen und „Schutzzöllen“ für Textilien, Autos und elektronische Geräte, um nur drei Kategorien zu nennen.

Die Nixon-Regierung — angesichts ihres Milliarden verschlingenden vietnamesischen Debakels mehr denn je um „eine gerechtere Lastenverteilung“ bemüht — griff den Ruf ohne Zaudern auf. Während sie einerseits Japan zu größeren „Verteidigungs- und Entwicklungsbeiträgen“ zu ermuntern und mit den Epauletten eines US-Regionalgendarms für Fernost auszustaffieren suchte, übte sie andererseits massiven ökonomischen Druck auf Tokio aus, um dessen Zugewandtheit gegenüber amerikanischen Wirtschaftsinteressen zu überwinden. In Washington zeigte man sich darüber „beunruhigt“, daß Japan durch ein tiefgestaffeltes System von Zöllen, Einfuhrquoten und Investbarrieren der Aufkaufoffensive weltweit operierender USA-Monopole ernste Schwierigkeiten bereitet hatte. (Mit Wehmut wurde dabei vermerkt, daß die USA-Direktinvestitionen auf den Inseln Ende 1969 nur 1,2 Milliarden Dollar erreicht hatten — 50 Prozent der Investitionssumme in Australien und weniger als in Italien oder den Beneluxstaaten investiertes USA-Kapital.)

Schienen die Beziehungen Washington—Tokio trotz der Monopolrauferei um die Profitpründe bislang insgesamt „geordnet“ und „koordiniert“, so ergab sich im Hochsommer 1971 eine neue Situation. Zweimal im Abstand von einem Monat demonstrierte Nixon den japanischen „Bundesgenossen“

die Essenz amerikanischen „Partnerschaftsdenkens“: Mit seiner notorischen Chinarede vom 15. Juli, von der Tokios Botschafter in den USA erst drei Minuten vor Beginn der Fernsehübertragung in Kenntnis gesetzt worden war, und mit der Proklamierung einer „neuen Wirtschaftspolitik“ am 15. August, die in der Einführung einer zusätzlichen Importsteuer von 10 Prozent gipfelte.

Der „Zwillingsschock“, wie das zweifache Doppelspiel Washingtons in der japanischen Metropole genannt wurde, hat bislang feste Werte über den Haufen geworfen. Während die großbürgerliche „Washington Post“ davon berichtete, in Tokio herrsche „eine Atmosphäre wie vor Pearl Harbor“, sprach das japanische Monopolblatt „Nippon Keizai“ von einer „Offensive Nixons gegen Japan“ und „Tokyo Shimbun“ folgerte, das eingetretene Fiasko sei allein „Ergebnis einer Politik des Schwimmens im Fahrwasser der USA“. Am 12. September 1971 gelangte die „New York Times“ zu dem Ergebnis, Amerikaner und Japaner seien „in jeder Hinsicht weiter auseinander als zu irgendeiner Zeit seit dem Ende des zweiten Weltkrieges“.

In welchem Maße heute die Gegensätze aufeinanderprallen, verdeutlichte die 8. Tagung der gemeinsamen japanisch-amerikanischen Kommission für Handels- und Wirtschaftsfragen, die in der ersten Oktoberdekade in Washington stattfand. Japan lehnte es ab, auf zwei direkte Forderungen der USA einzugehen: das Verlangen, als Co-sponsor für die amerikanische UNO-Resolution zur Chinafrage aufzutreten, und den ultimativen Appell, angesichts der galoppierenden Dollarschwindsucht den unternotierten Yen-Kurs sofort heraufzusetzen. (Inzwischen sah sich Tokio allerdings unter USA-Druck gezwungen, auf ein „Floating“ einzugehen, was zu einem internationalen Kursanstieg des Yen geführt hat.)

Nixons geplante Pekingreise traf besonders jene japanischen Regierungskreise wie ein Kolbenschlag, die einerseits jahrzehntelang Washingtons Vogel-Strauß-Politik des Wegdenkens der Volksrepublik China mitgemacht und dabei andererseits „eigene Vorstellungen“ des „Vordringens nach Norden“ entwickelt hatten.

Am befremdetsten aber wirkte auf die japanischen Monopolgruppen Nixons in erster Linie gegen sie gerichtete Politik des verschärfen Protektionismus. Inzwischen auch mit den Schwierigkeiten einer sich vertiefenden Rezession ringend (anstelle einer für die sechziger Jahre durchschnittlichen Wachstumsrate von 11,1 Prozent rechnet man in Japan für die siebziger Jahre nur noch mit 5,0 Prozent), hat die japanische Wirtschaft nach den Worten von Industrie- und Handelsminister Kakuei Tanaka nun zusätzliche Exportverluste von 2,5 bis 3 Milliarden Dollar pro Jahr in Betracht zu ziehen. Am deutlichsten zeigt sich die rückläufige Tendenz gegenwärtig im Schiffbau: Im August 1971 meldete dieser den schlechtesten Bestandsstand seit 10 Jahren.

Sicher besteht zwischen der „rapiden Verschlechterung der Beziehungen USA—Japan“, die „Newsweek“ am 20. September 1971 beklagte, und dem nächtlichen Rendezvous von Nixon und Hirohito auf hartgefrorenem alaskischem Boden ein Zusammenhang. Und man mag hinzufügen: Wenn die japanischen Vögel heute aus den goldenen Käfigen Washingtons ausbrechen, um zu fernen Küsten zu fliegen, dann ist auch das ein Wetteränderung kündendes Barometer.

Für wen reiste der Tenno nach Europa? Er selbst mag an die Kleine Meerjungfrau im Kopenhagener Hafen oder an das Orgelspiel von Nötre Dame gedacht haben. Doch Japans Außenminister Takeo Fukuda dürfte in Erwartungen und Erwägungen darüber wohl hinausgegangen sein...

Lernjugend und Rentenalter

von Jürgen Kuczynski

Man kann in der ganzen Welt im letzten Halbjahrhundert die Tendenz beobachten, daß die Zeit, die der Mensch in seiner Jugend gewissermaßen hauptberuflich lernt, länger wird. Gleichzeitig wird auch das Rentenalter länger, weil das durchschnittliche Lebensalter des Menschen zunimmt. Das heißt, die Zeit, in der die Menschen hauptberuflich produktiv für die Gesellschaft arbeiten, wird immer kürzer, die Zeiten vorher und nachher werden immer länger.

Ich glaube, daß das für die sozialistische Gesellschaft im Unterschied zur kapitalistischen keine begrüßenswerte Entwicklung ist. Im Kapitalismus wird der Mensch im Arbeitsprozeß mehr und mehr gesundheitlich geschädigt, die Frühinvalidität wächst rapide, und man kann es nur gutheißen, wenn man den Kampf dort nicht etwa für eine Verlängerung der produktiven gesellschaftlichen Tätigkeit führt, die ja unter dem Kapitalismus identisch mit Ausbeutung ist, sondern nur für höhere Renten. Unter den Verhältnissen des Sozialismus aber, unter denen dem Menschen während seiner produktiven Tätigkeit immer bessere Fürsorge durch den Staat zuteil wird, kommt es, meine ich, darauf an, die gesellschaftlich produktive Tätigkeit des Menschen als hauptberuflicher Aktivität möglichst lange auszudehnen.

Natürlich nicht unterschiedslos. Die Erfahrung hat gezeigt, daß zum Beispiel auf dem Gebiete der Wissenschaften der Mensch in exekutiven Funktionen, also etwa als Institutsdirektor, bei seiner heutigen körperlichen Konstitution im allgemeinen mit 65 Jahren aufhört, sein Bestes zu leisten, während er in seiner Funktion als forschender oder lehrender Wissenschaftler noch weit über das Alter von 65 Jahren überaus produktiv für die Gesellschaft wirken kann. Vor allem muß man sich auch sagen, daß Menschen in *jeder* Tätigkeit nach dreißig oder vierzig Jahren Aktivität über eine Eigenheit verfügen, die den jüngeren ganz selbstverständlich abgehen muß. Sie haben einen großen Erfahrungsschatz. Und dieser wird bei uns vielfach noch ungenügend genutzt — sei es in der Leitung von wissenschaftlichen, von Wirtschaftsbetrieben oder anderswo.

Man könnte sich zum Beispiel vorstellen — und ähnliche Institutionen gab es in vielen vorkapitalistischen Gesellschaften —, daß man so etwas wie ständig aktive Räte oder beratende Aktive schafft, die sich aus „Alten“ zusammensetzen und den exekutiv Tätigen ständig mit ihrem Rat, resultierend aus ihren Erfahrungen, zur Seite stehen. Um konkreter zu werden, mitten ins Leben der Masse der Werktätigen gegriffen: Statt sich nur einseitig von Zeit zu Zeit freundlich um die Veteranen der Arbeit zu kümmern, könnten Betriebsgewerkschaftsleitungen ganz außerordentlich an Einsicht in die Probleme der Belegschaft gewinnen, wenn eine Reihe von Arbeitern und Angestellten, die ihrer bisher geleisteten Arbeit phy-

sich nicht mehr gewachsen und ins Rentenalter gekommen sind, nun regelmäßig die Gewerkschaftsleitungen beraten. Sie sind weiter im Betrieb anwesend, beobachten die Geschehnisse der verschiedensten Art, helfen bei der Suche nach Rationalisierungsproblemen und -lösungen oder geben Hilfe bei der Abschaffung von Ärgernissen im Gesamtbetrieb, sei es, daß die Belieferung des Konsums nicht funktioniert oder daß die Verkehrsmittel zeitlich nicht aufeinander abgestimmt sind. Sie sind nicht die Augen und Ohren der Gewerkschaftsleitung — die muß sie selbst haben; aber keine Gewerkschaftsleitung hat genügend Augen und Ohren, und die Veteranen der Arbeit bringen reichlich an solchen Organen mit sich, die infolge der jahrelangen Erfahrung besonders gut funktionieren.

Ich habe dieses Beispiel aus dem Betrieb nur deswegen genannt, weil ich zeigen wollte, daß solcher Einsatz keineswegs nur etwa auf „höherer Verwaltungsebene“ möglich ist, sondern überall, und sicher muß man dieses Beispiel noch genau durchdenken und so lange modifizieren, bis es brauchbar wird.

Aber auf dem Gebiete der Wissenschaft möchte ich aus eigener Erfahrung und darum viel bestimmter sagen: So richtig es ist, Exekutivfunktionen altersmäßig zu beschränken, so ungenügend scheint mir die systematische Nutzung der Fähigkeiten unserer Wissenschaftler, nachdem sie das Rentenalter erreicht haben, im Wissenschaftsbetrieb. Die Rente gibt ihnen natürlich das Recht, mit der Arbeit aufzuhören. Aber statt, wie heute, sich nach Erreichung des Rentenalters bemühen zu müssen, weiter in der Institution zu arbeiten, sollte die Weiterarbeit ebenso natürlich erscheinen wie das Ausscheiden. Da jede exekutive Arbeit nach dem Rentenalter gesetzlich unmöglich ist, fungiert der Rentner genau in der gleichen Weise wie ein jüngerer Mitarbeiter ohne Leitungsfunktion — nur daß er den Vorteil der größeren Erfahrung hat. Und gerade von dieser größeren Erfahrung sollte jeder Mitarbeiter, der eine Leitungsfunktion hat, profitieren. Wäre es nicht überaus nützlich für einen Direktor oder Abteilungsleiter, wenn er außer der regelmäßigen Dienstbesprechung auch noch eine regelmäßige Problemberatung hat, bei der gerade die erfahrenen Rentner-Mitarbeiter eine besonders wichtige Rolle spielen können?

Wir haben eine ganze Reihe von Räten, auch wissenschaftliche Räte, dieser oder jener Art. Aber sie funktionieren oft nur sporadisch, und ihre Mitglieder erhalten keine Aufgaben zugewiesen, die sie laufend beschäftigen. Doch wie viele Probleme tauchen zum Beispiel in einem Institut auf, von denen man sicher ist, daß sie auch in anderen Instituten eine Rolle spielen. Welcher Direktor aber findet genügend Zeit, systematisch andere Institutionen aufzusuchen und sich mit den dortigen Problemen und Lösungen vertraut zu machen? Könnte das nicht ein Mitglied des Rates für ihn tun? Würden solche Ratsmitglieder nicht große Hilfe im gegenseitigen Erfahrungsaustausch der Institute geben können? Und ähnlich steht es natürlich auch in den Wirtschaftsbetrieben.

Wohl werden uns zunächst bei einem derartigen Einsatz Schwierigkeiten begegnen, etwa weil mancher „Alte“ vielleicht die beratende und forschende Arbeit zeitweilig mit exekutiver Tätigkeit wechselt, und vieles andere mehr. Aber wir müssen uns klar darüber sein, welche gesellschaftlichen Potenzen uns verlorengehen, wenn wir dieses Problem nicht auf allen Gebieten — sei es in der Wirtschaft oder in der Wissenschaft — lösen in einer Zeit, in der man immer länger in der Jugend hauptberuflich im Lernprozeß steht und länger im Rentenalter lebt.

Der „Rapallo-Komplex“ von Siegbert Kahn

Historische Reminiszenzen haben manchmal ihr Gutes. Aktuelle Situationen, selbst wenn sie ganz anderer Art sind, können durch sie klarer gemacht werden.

Im August 1970 wurde der Vertrag zwischen der Regierung der UdSSR und der Bundesrepublik und kurz danach der Vertrag zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik unterzeichnet. Ein Jahr später, im September 1971, unterzeichneten die Botschafter der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs das Vierseitige Abkommen über Westberlin. Diese Verträge und Abkommen sind Ergebnisse der Friedenspolitik der Sowjetunion und der übrigen Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft, die stets bestrebt waren und sind, das Prinzip der friedlichen Koexistenz zu verwirklichen, die internationalen Spannungen zu vermindern und normale Beziehungen zu allen Staaten herzustellen.

Die Verträge und Abkommen sind aber auch ein Beweis dafür, daß sich in der Bundesrepublik und in anderen kapitalistischen Ländern Kräfte durchzusetzen beginnen, die die Situation in der Welt realistischer sehen, die begreifen, daß Verschärfung der Spannungen und kalter Krieg gegen den Sozialismus zwangsläufig die Gefahren für den Weltfrieden vergrößern und den kapitalistischen Ländern, nicht zuletzt der Bundesrepublik, schweren Schaden zufügen. Gerade die letzten Wochen und Monate mit der permanenten und sich zuspitzenden Krise des kapitalistischen Währungssystems, die die Widersprüche zwischen den Imperialisten noch tiefer aufrißen und sie hart an den Rand eines allgemeinen Handelskrieges herangeführt haben, bewiesen, welche große Bedeutung normale und stabile Beziehungen zu den sozialistischen Ländern haben können.

Doch die Verträge sind heute, weit mehr als ein Jahr nach ihrer Unterzeichnung, noch nicht ratifiziert. Die reaktionären, entspannungsfeindlichen Elemente in der Bundesrepublik und in anderen imperialistischen Ländern setzen alles daran, um Fortschritte, die zur Normalisierung der Beziehungen in Europa führen, zu verhindern; sie schüren Revanche-Stimmungen, und sie halten Forderungen

gen nach Revision der Grenzen am Leben. Zu diesen entspannungsfeindlichen Elementen zählt unter anderen auch der Chefredakteur der „Wirtschaftswoche“, Peter Sweerts-Sporck. Zur Reise Brandts in die Sowjetunion stellt er die Frage, „ob die Bundesregierung die psychologischen Rückwirkungen auf die westlichen Verbündeten gebührend berücksichtigt hat, ob sie den Rapallo-Komplex, der immer noch im Westen besteht, in ihr politisches Kalkül“ eingesetzt hat.

In Veröffentlichungen und in Reden mancher Oppositionspolitiker der Bundesrepublik wird eine Art von „Rapallo-Gespenst“ heraufbeschworen. Wovor haben die Gegner der Verträge denn eigentlich solche Angst?

Der Vertrag von Rapallo zwischen Sowjetrußland und Deutschland wurde am 16. April 1922 unterzeichnet. Zum ersten Mal nach dem ersten Weltkrieg schloß eine europäische Großmacht mit Deutschland, das unter der Fuchtel von Versailles lebte, einen Vertrag auf der Grundlage der Gleichberechtigung ab. „Durch den Vertrag von Rapallo erklärten Deutschland und Rußland trotz des Weltkrieges und seiner Erschütterungen, daß sie wieder auf die alte Grundlage guter Beziehungen zueinander treten wollten.“¹⁾ So beurteilte Stresemann, wahrlich kein Freund der Sowjetunion, den Vertrag von Rapallo, und er fährt fort: „Nun, für uns war der Rapallo-Vertrag bedeutsam, weil Rußland ausschied aus dem Kreise der Länder, die Forderungen aus dem Kriege her gegen uns geltend machten ... Rapallo war der Sinn freundschaftlichen Nebeneinanderlebens beider Nationen in einer Zeit, in der Deutschland außenpolitisch von anderen fortgesetzt unterdrückt wurde.“²⁾

Der Vertrag stellte normale diplomatische Beziehungen zwischen beiden Ländern her; beide verzichteten auf den Ersatz der Schäden, die sie durch den Krieg erlitten hatten; die Wirtschaftsbeziehungen wurden nach dem Prinzip der Meistbegünstigung geregelt. Der Vertrag nützte beiden Ländern. Er befreite Deutschland aus der Versailler Isolierung und machte die Bemühungen der internationalen Reaktion zunichte, eine Einheitsfront der kapitalistischen Staaten gegen die junge Sowjetrepublik zu schaffen.

Trotzdem gab es natürlich genügend Kräfte in Deutschland, die den Abschluß des Vertrages zu verhindern suchten. Es waren nicht nur die reaktionärsten Kreise der Monopole, sondern auch Vertreter der rechten Sozialdemokratie, unter ihnen der damalige Reichspräsident Friedrich Ebert. Ihr Hauptargument war, daß der Rapallo-Vertrag die Verständigung mit den Westmächten erschwere oder sogar verhindere. Man sieht, „im Westen nichts Neues“.

Der Rapallo-Vertrag zeigte einen allgemein gangbaren Ausweg aus den Schwierigkeiten, die der Ausgang des ersten Weltkrieges geschaffen hatte, er zeigte den Weg zu einem dauerhaften Frieden.

1) Stresemann, Reden und Schriften, Dresden 1926, Bd. 2, S. 230

2) Ebenda, S. 253

Er gab dem unter dem Druck der imperialistischen Siegermächte stehenden Deutschland eine größere außenpolitische Manövrierfähigkeit zurück. Aber nicht nur politisch, auch ökonomisch wirkte sich der Vertrag günstig für Deutschland aus. Der Anteil der Ausfuhr in die Sowjetunion an der gesamten deutschen Ausfuhr stieg fast konstant an, bis er in der Weltwirtschaftskrise, im Jahre 1932, fast 11 Prozent betrug. Bei allgemeinen Maschinen erreichte der Anteil 33,6, bei elektrischen Maschinen 46,5 und bei Werkzeugmaschinen sogar 74,6 Prozent der deutschen Ausfuhr. Es ist buchstäblich nachzuweisen, daß die Sowjetunion während der Weltwirtschaftskrise Hunderttausenden deutschen Arbeitern Arbeit und Brot gab. Und das war nicht zuletzt auch dem Rapallo-Vertrag zu danken.

Gewiß ist die Lage im Jahre 1971 nicht mit der im Jahre 1922 zu vergleichen. Der deutsche Imperialismus war durch den verlorenen Krieg und die revolutionären Nachkriegskämpfe aufs äußerste geschwächt und wurde von den imperialistischen Siegermächten in außenpolitischer Isolierung gehalten. Die BRD dagegen ist wieder zur ökonomisch und militärisch stärksten imperialistischen Macht in Westeuropa geworden. Das junge Sowjetland hatte zwar in der internationalen Arbeiterklasse seine Autorität festigen können, war aber durch vier Jahre Bürgerkrieg und ausländische Intervention erschöpft und stand einer einheitlichen, feindlichen Phalanx imperialistischer Mächte gegenüber.

Damals konnte es vielleicht noch abenteuerliche Phantasten geben, die sich in der Hoffnung wiegten, dem Sozialismus die Kehle durchschneiden zu können. Die vergangenen fünfzig Jahre sollten solche Hoffnungen jedoch für immer beseitigt haben. Es ist daher nur realistisch und entspricht dem Kräfteverhältnis zwischen Kapitalismus und Sozialismus, wenn die Regierung Brandt anerkennt, wie es in dem Kommuniqué über den Besuch auf der Krim heißt. „daß das baldige Inkrafttreten des Vertrages zwischen der UdSSR und der BRD sowie des Vertrages der Volksrepublik Polen mit der Bundesrepublik Deutschland eine entscheidende Wende in den Beziehungen zwischen den genannten Ländern ermöglichen und eine umfassende, dauerhafte, langfristige Zusammenarbeit zum Nutzen der heutigen und künftigen Generationen dieser Länder sowie deren Nachbarn und zur Festigung des Friedens in Europa einleiten wird“.

Eine solche Entwicklung entspricht seit jeher den Zielen der Sowjetunion. Die Möglichkeiten, eine derartige Zusammenarbeit zu verwirklichen, sind gewaltig gewachsen. Alle Freunde des Friedens erfüllt das mit tiefer Genugtuung. Engstirnige Kriegshetzer sollten erkennen, daß der Versuch, ein „Rapallo-Gespenst“ zu beschwören, um die Entspannung zu verhindern, mit einem Fiasko enden muß.

Der Frieden ist unteilbar, und die Herstellung normaler Beziehungen zwischen den europäischen Staaten richtet sich gegen kein anderes Land, wie auch der Vertrag von Rapallo gegen keinen Dritten gerichtet war.

Wer oder was ist ein Kabarettist? Und wie wird man einer? Darauf kann man (frei nach Polgar) bloß antworten: 1. Es ist mitunter leichter, etwas zu sein als dies zu definieren. 2. Man wird Kabarettist, indem man Kabarettist wird. Ein Schriftsteller schrieb über einen Kollegen: "... gewiß noch jung den Jahren nach, aber seines Metiers, seiner Mittel sicher, man hätte sich fragen können, bei wem er das alles gelernt hatte, wenn die Frage nicht so unsinnig gewesen wäre, denn an der Literatur ist ja so ziemlich alles erlernbar außer ihr selbst." Das gilt auch für die satirische Literatur und — im übertragenen Sinne — ebenso fürs Kabarett. Neulich sah ich mit Vergnügen das Programm eines Kabarett-Ensembles, dargeboten von respektablen und bemühten, aber doch recht durchschnittlichen Akteuren, aus denen nur einer auffällig herausragte; er war der einzige, welcher keinerlei fachliche Ausbildung genossen hatte.

Aufgehörte Kabarettisten. Wo hört ein Kabarettist auf? Da, wo jeder Mensch aufhört: oben und unten. Und *wann* hört ein Kabarettist auf? Meistens dann, wenn er glaubt, er könne woanders mehr Geld verdienen und müsse daher unverzüglich ein allenthalben anerkannter Charakterspieler werden oder ein internationaler Show-Star. Manche Kabarettisten hören ganz groß auf und fangen ziemlich klein wieder an.

Das Schreiben von Texten für Kabarets ist — meiner Erfahrung nach — verhältnismäßig schwierig, aber das Schreiben von halbwegs brauchbaren Texten ist überhaupt schwierig, unabhängig von ihrem Verwendungszweck. Doch darüber sollte man nicht soviel reden; denn das Lenken von überfüllten Autobussen ist ebenfalls schwierig. Besonders schwierig für Kabarettisten scheint allerdings das *Lernen* von Texten zu sein. Eine gewisse unmittelbare Frische entsteht dadurch, daß sich Kabarettisten öfter versprechen als Schauspieler. Ob dies absichtlich geschieht oder ob es einfach dazugehört? Jedenfalls gibt es auf dem Kabarett keine Souffleuse. Aus diesem Grund lassen sich auch viele Kabarettisten außerordentlich viel einfallen, wie und wo man den Text oder die Stichworte leicht lesbar notieren kann. Es wurden schon Strohhüte, Spielkarten, Fingernägel, Brillenetuis, Kniescheiben, Dekorationsstücke und so weiter benutzt. Ich erinnere mich an einen lieben Kollegen, der einen Fernfahrer-Song zu interpretieren hatte und während einer Tournee stets ein riesiges LKW-Lenkrad mit sich herumschleppte. „Habt ihr keinen Requisiteur, der dir so ein Ding beschaffen kann?“ fragte ich. „An sich schon“, sagte er, „aber der Dussel konnte nur ein schwarzes auf-treiben. Dies hier ist, wie du siehst, mit weißem Kunststoff verkleidet.“ Er hatte mit dem Kugelschreiber seinen ganzen Text darauf geschrieben. Hätten nicht Pennäler in ihrer Examensfurcht den Spickzettel hervorgebracht, so wäre er von Kabarettisten erfunden worden.

„Im Programm fehlt was“, lautet — auf die kürzeste Formulierung gebracht — die meistgebrauchte Kritik an Kabarett-Programmen. Und was fehlt da? Das kommt darauf an, wie man es sieht. Es gibt Leute, die immer irgendwelche Themen vermissen und keine Rücksicht darauf nehmen, daß sich bestimmte Gegenstände der kabarettistischen Behandlung verschließen. Solche Kritiker halten ein Kabarett-Programm für ein Kompendium satirischer Kommentare zu allen aktuellen Ereignissen, für eine Art vorgespielter Tageszeitung, für eine Enzyklopädie von der Gültigkeit eines einzigen Abends, für eine publizistisch-theatralische Stopfgans. Am Ende wird die Gans dermaßen vollgestopft, daß sie platzt, und es bleibt dann nur noch die Füllung übrig, während die Gans unauffindbar ist. Natürlich kann man sich auf *jedes* Ereignis rasch einen Vers machen; es fragt sich bloß, ob ihn jemand in drei Monaten noch hören möchte. Natürlich fehlt immer etwas: Dieses ist nicht kommentiert und jenes nicht verlacht worden. Na wenn schon. Das Publikum besteht ja nicht aus lauter Ignoranten, die keine Zeitung lesen und über gar nichts Bescheid wissen. Ein Kabarett-Programm ist keine Nachrichtensendung und soll womöglich lustiger sein als eine solche.

Titel des Programms. Darüber habe ich vor längerer Zeit schon geschrieben (und man verzeihe mir, wenn ich mich hier und da vielleicht wiederhole). Titel des Programms sind wortspielerische Abwandlungen bekannter Verszeilen oder geflügelter Worte; kein Mensch weiß warum, aber es ist so, und es bleibt so, amen. Der Titel soll möglichst lustig sein und möglichst aktuell klingen; er soll vielversprechend sein in einer Weise, die niemanden zwingt, dieses Versprechen auch zu halten. „Eine Salbe macht noch keinen Sommer.“ Darunter kann sich niemand etwas vorstellen. Und wie lustig ist das! — meint der Erfinder.

Als ich mal bei der „Distel“ engagiert war, hatte der damalige Direktor die Idee, das nächste Programm solle sich in einem imaginären Hotel abspielen, in einer Art Absteige für dunkle Existenzen aller Art. „Nun denkt euch mal einen passenden Namen für dieses Hotel aus“, sagte der Direktor, „der ergibt dann gleich den Programmtitel.“ Der Regisseur und ich knobelten drei Tage lang; tags und nachts fielen sinnlose Wortspiele wie Boschs Dämonen über uns her. Als wir uns wieder trafen, sagte ich unsicher: „Hotel zum Mann im Mond? Oder: Zu den drei Mondkälbern?“ Die andern beiden verzogen keine Miene. „Laßt mich mal“, sagte der Regisseur, „also: Pachulkes Grand Hotel (fließend kalte und warme Brüder) — Hotel zur Schandpromenade — Schlawiners Ruh — Zum Arsch der Welt...“ Er holte tief Luft; unser Chef starrte teilnahmslos vor sich hin. Mit dem Mut der Verzweiflung las ich aus meinem Notizbuch vor: „Zum Zahn der Zeit — Gasthaus am Verschieberbahnhof — Speckjägers Hof...“ Der Direktor betrachtete eine Fliege, die sich auf dem vollen Aschbecher putze. Der Regisseur empfahl: „Haus Silberblick — Zum Kanailenvogel“, ich warf ein: „Dicke-lufts Kampierhaus — Zum steifen Hecht — Hotel Graf Koks — Zwielihters Restaurant...“ Der Direktor versuchte nun, die Fliege

zu fangen. „Das letzte Haus am Platze!“ brüllte der Regisseur, „Fließend warmes Bier! Altweibersommergarten geöffnet, Pilsner Barbier stets am Lager...“ Dann brach er zusammen. Der Direktor sagte erstaunt: „Dem ist anscheinend nicht wohl“, und dann legten wir den Regisseur aufs Sofa und schwiegen. „Ihr müßt euch mal ein paar *richtige* Titel überlegen“, bemerkte unser Chef im Weggehen, „wir werden schon was Nettes finden.“ Der Titel lautete dann: „Alle Jahre Flieder“. Er hatte überhaupt nichts mit dem Programm zu tun, aber das ist, wie ich schon sagte, auch gar nicht nötig.

Hüte und Nasen sind auf dem Kabarett außerordentlich wichtig. Es gab in der „Distel“ Regisseure, die alle komischen Effekte ihrer Inszenierungen aus zu großen oder zu kleinen Hüten sowie aus Pappnasen bezogen. Bürokraten ließen sie mit meterlangen Federhaltern auftreten. Dieser Gag gefiel allgemein sehr gut, besonders den Bürokraten im Publikum.

Zweideutigkeiten und Eindeutigkeiten sind auch auf dem Kabarett umstritten. Die sogenannten Zweideutigkeiten, Hauptspäße verflossener oder auch nicht verflossener Tingeltangels, gründen sich auf die Tatsache, daß es Menschen zweierlei Geschlechts geben soll; als die besten Zweideutigkeiten galten meistens die größten Eindeutigkeiten. Jene Zweideutigkeiten, ohne welche das Kabarett in den alten Zeiten wirklich nicht auskommen konnte, hatten politischen Charakter; die Reaktion mußte versteckt angegriffen werden; unter anderem deshalb, weil Kabarettisten im Gefängnis weniger bewirken als auf der Bühne. Die Kunst der meisten alten Kabarets bestand unter anderem darin, nicht zu sagen, was gemeint war, und dies so zu tun, daß jedermann wußte, was gemeint war. Bei uns ist das heute anders: Je versteckter die Reaktionäre tätig sind, desto offener müssen sie attackiert werden. „Feind der Gesellschaft“ — ein großes Wort. Doch steht die Winzigkeit eines Bürokratenhirns der Größe seiner Schädlichkeit nicht im Wege. Freilich kann es keinem Kabarett genügen, bloß eindeutig zu sein. Es muß nämlich auch lustig sein, das kann mir keiner ausreden. Oder ist etwa politische Klarsicht unvereinbar mit Heiterkeit? Das wäre ja gelacht.

Lebenswitz ist natürlich noch längst nicht Lebensweisheit. Aber das hat auch noch nie ein Kabarettist behauptet.

Zukunft des Kabarets. Hat das Kabarett eine Zukunft? Wie lange wird es noch eine Müllabfuhr geben? Solange Müll vorhanden ist. Der soziale Müll indes, an dessen Abfuhr das Kabarett sich beteiligt, dürfte irgendwann einmal ausgehen. Und was dann? Ich schlage vor, darüber erst nachzudenken, wenn es soweit sein wird.

Erich Brehm hat mir einmal gesagt: „Unsere Freunde von der Presse haben es letzten Endes doch etwas leichter als wir. Wenn ihren Lesern ein Beitrag nicht gefällt, blättern sie einfach um. Unsere Zuschauer können leider nicht umblättern.“ Deshalb bin ich damals auch wieder zur Presse zurückgekehrt.

Himmelfahrt, Galilei, Parasit

von Günther Cwojdrak

Aus Halle war zu den Berliner Festtagen das Landestheater gekommen: Es zeigte Armin Stolpers „Himmelfahrt zur Erde“ nach einer Erzählung von Sergej Antonow, Regie Horst Schönemann.

Ich kenne Antonows Erzählung nicht. Die Fabel, wie sie das Stück zeigt, läßt sich vielleicht in zwei, drei Sätzen charakterisieren. Der junge Vitali Pastuchow, in Moskau in wohlgeordneten Verhältnissen lebend, geht plötzlich aufs Land, in eine Genossenschaft, er will dabei sein, sich bewähren. Das ist nicht leicht; nicht leicht ist es auch für den Vorsitzenden des Kolchos, einen älteren bewährten Genossen, mit dem Ungestüm und der Energie des jungen Pastuchow zurecht-zukommen. Aufgenommen ist Pastuchow schnell, aber es dauert lange, bis die anderen Kolchosmitglieder ihn wirklich als einen der ihren betrachten.

Das scheint eine einfache Geschichte zu sein, die dramatischen Zuspitzungen, die sie enthält, sind mehr oder weniger erkennbar. Entscheidend ist aber, welcher Art sind diese Menschen, die hier in Konflikte geraten, nicht zu völliger Übereinstimmung finden, aber sich sehr viel nähergekommen sind. Aus welcher Sicht sieht Stolper die handelnden Figuren? Was ist mit Pastuchow? Welches sind seine Motive, wie summiert sich sein Charakter?

In einem Arbeitsgespräch mit dem Regisseur Horst Schönemann sagte Kurt Böwe, der den Kolchosvorsitzenden spielt: „Ich finde, es ist eine besondere Schönheit des Stückes, jeder Figur ihre volle Widersprüchlichkeit zu geben, ihre eigene Biographie, ihre eigenen Konflikte.“

Das ist vielleicht etwas pauschal formuliert, aber eine Eigenart, ein Element des Stückes ist damit charakterisiert. Auch Schönemanns Regie zielt in diese Richtung. Da ist dieser Pastuchow, der alles umkrempeln möchte, der dabei manchmal linkisch ist, maßlos auch, sich verrennt, ein etwas seltsamer Heiliger mitunter. Er liebt das Mädchen Grunja, sie liebt ihn, aber er traut sich nicht, seine Gefühle zu offenbaren, er muß erst noch zu sich selbst finden. Gerd Grasse spielt ihn: blaß, eifervoll, asketisch anmutend, zum Schluß löst er sich, er ist reifer geworden, mehr Lebenserfahrung ist da, er ist sich selbst und den anderen ein ganzes Stück nähergekommen.

Dann Kurt Böwe als Vorsitzender: ein ganzer Mann, eine volle, runde Figur, er war schon im Krieg dabei, hat sich oftmals bewährt, dieser Pastuchow schreckt ihn auf, aber zum Schluß scheint es, daß sie zusammenfinden werden. Als Grunja Evelin Opoczynski, als Komsomolsekretärin Ursula Werner, beide verhalten, genau differenziert; überhaupt: Es gab viele gute Schauspielerleistungen. Und dafür, daß sich die Leistungen summieren, daß eine Ensemblewirkung entsteht, hat Schönemann gesorgt – diese Begegnung mit den Gästen aus Halle hat sich gelohnt.

★

Im Berliner Ensemble hatte Fritz Bennewitz das „Leben des Galilei“ neu inszeniert. Es ist eines der Stücke Brechts, die ich besonders mag. In dieser Historie der Welt von Heute ist schon Hiroshima vorweggenommen worden, Galilei muß sich entscheiden, wie sich Einstein, Oppenheimer und alle entscheiden müssen. Und das wiederum ist auch nur eine Seite des Stückes; denn es ist zugleich die Geschichte jenes unverwechselbaren Mannes Galilei, wie Brecht ihn sah in einer Zeit, in einer Welt, in der sich schon die ersten Atomblitze ankündigten.

Das Stück wird geprägt von der Darstellung, vom Darsteller des Galilei. Ich habe kein sonderlich gutes Gedächtnis, aber der Galilei, wie Ernst Busch ihn vor zehn oder zwölf Jahren spielte, hat sich mir tief eingeprägt: die Sprödigkeit, die nicht ohne Güte war, die List, die blitzende Gescheitheit und Kälte, die Fröhlichkeit des vergnügten Essers, die lastende Einsamkeit, die Bürde des Widerrufs...

Auf andere Weise, aber ähnlich intensiv, wird dieser Galilei heute von Wolfgang Heinz geprägt: Da ist Behaglichkeit, Behäbigkeit, blitzschneller Unmut, Anpassung, philosophische Schärfe, gemischt mit Illusionen über die Inquisition. Zum Schluß kauert dieser Koloß frierend in einem Sessel, in Decken eingehüllt, ein Mönch ist ihm beigegeben, aber auch unter der Asche glimmt noch ein Funke. Darf man widerrufen, wie Galilei widerrufen hat, weil er die Folter fürchtete, wobei er aber durch den Widerruf zugleich die Möglichkeit zu weiterer Arbeit gewann? Es ist ein Vorzug des Stückes, daß man diese Frage immer neu beantworten muß. Sie wird nicht simplifiziert; es gilt, die Gründe und Gegengründe abzuwägen.

Bennewitz hat die Möglichkeiten des Stückes gut zu nutzen gewußt, da war Spannung, Intensität, ein paar Passagen schienen mir etwas zu breit oder gemächlich geraten, aber das bestimmte nicht den Eindruck des Abends. Es gab auch ein paar Ungleichmäßigkeiten, es war keine volle Ensemblewirkung erreicht, aber viele gelungene Szenen, viele schöne Leistungen: Flörchinger zum Beispiel als Sagredo, abwägend, skeptisch, Galilei warnend; Ekkehard Schall als Kardinal und Papst und Dieter Knaup und Erika Pelikowsky und Christine Gloger und Siegfried Weiß und und ..., sogar in sehr kleinen Rollen vorzügliche Besetzungen, das können sicherlich nur ganz wenige Theater.



In der Kleinen Komödie des Deutschen Theaters hat Herwart Grosse den „Parasiten“ inszeniert, jenes von Schiller nach dem französischen des Picard verfaßte Lustspiel, das sich bis heute auf den Bühnen gehalten hat. Na ja, ein kleiner Spaß ist das schon, aber auch nicht viel mehr; dazu ist das Ganze doch zu simpel, etwas einfältig sogar. Der Edelmüt ist etwas zu edel geraten, die schurkische Kriecherei läßt sich gar zu schnell durchschauen, und das Vergnügen reduziert sich zur Hauptsache darauf, wie der Regisseur seine Figuren agieren läßt.

Grosse, der auch selbst eine Rolle übernommen hat, führt die Geschichte vom Parasiten mit launiger Gelassenheit vor, auch ein Schuß

falscher Feierlichkeit fehlt nicht, dadurch wird die gar zu simple Begebenheit kunstvoll auf Distanz gebracht. Da der Regisseur auch eine sehr schöne Besetzung gefunden hat, sich selbst in der Rolle des Narbonne eingeschlossen, konnte der Spaß gar nicht ausbleiben. Als Parasit Selicourt glänzt Reimar Joh. Baur, Gerhard Bienert als biederer Firmin, Dieter Franke der La Roche, der dem Parasiten das wohlverdiente Schicksal bereitet, Lisa Macheiner noch, Dorothea Meissner: Da wurde nichts verschenkt, es ließ sich angenehm zuschauen.

Ich kenne das Original des Picard nicht, weiß also auch nicht, was Schiller dazugetan, weggelassen oder geändert hat — ich weiß nur, daß es ein paar Stücke dieses Genres aus jener Zeit gibt, die bedeutend pointierter sind als dieser „Parasit“, und das Lustspiel ist ja gewiß auch nicht die Stärke Schillers gewesen. Immerhin: Der kleine Spaß ist hübsch serviert und in der „Kleinen Komödie“ durchaus nicht fehl am Platze.

Antworten

„Sunday Mail“, Kuala Lumpur. — Sie konnten natürlich nicht wissen, daß unser Mitarbeiter Ulrich Makosch unlängst in der Weltbühne in seinem Beitrag „Die Rauschgift-Politik“ auf den korrupten Chef des 2. Saigoner Armeekorps Ngo Dzu hingewiesen und ihn als eine der einflußreichsten Figuren im Hintergrund des Rauschgifthandels in Südvietnam gekennzeichnet hatte. Indessen enthält eine von Ihnen kürzlich veröffentlichte Meldung eine interessante Ergänzung hinsichtlich der Wertschätzung solcher verbrecherischen Existenzen durch das Thieu-Regime. Wir erlauben uns zu zitieren: „Ein südvietnamesischer General, der vor zwei Monaten durch einen amerikanischen Kongreßabgeordneten des Rauschgifthandels angeklagt worden ist, wurde durch Präsident Nguyen Van Thieu befördert, wie die offizielle (süd-)vietnamesische Presseagentur heute meldet. Generalmajor Ngo Dzu... erhält den Rang eines Generalleutnants.“

Martina Schulz, Bernau. — Sie zeigen sich „einerseits erfreut, daß das Dilemma unserer Schlagerproduktion und -interpretation“ auch von uns kritisch betrachtet wird, finden aber Lothar Kusches Beitrag („Schlagersänger“, Wb. XXVI, 36, S. 1138 ff.) andererseits „so zaghaft“. Auch „im Namen einiger Freunde“ schreiben Sie uns: „Bewundernswert ist in unseren Augen unter anderen, wer sich seiner gesellschaftlichen Verantwortung entsprechend verhält und für gutes Geld gute Arbeit leistet. L. K. drückt sich sehr vorsichtig aus, wenn er auf einen großen Teil unserer Schlagerproduktion den Vergleich des ständig wieder ausgekochten Rinderknochens anwendet. In Wirklichkeit ist ein großer Teil dieser Leute — allerdings auch dank unserer Duldsamkeit — doch in höchstem Maße korrumpiert. Wo in unserer Gesellschaft bieten sich ähnliche, dem Sozialismus widersprechende Leistungs- und Entlohnungskriterien wie heute leider noch bei unseren Schlagerproduzenten und -interpreten?“ Lothar Kusche hat sich vorsichtiger ausgedrückt als Sie, weil er das Schlagerkind nicht mit dem Bade der Kritik ausschütten möchte. Nun sollten sich die Gebadeten, die Betroffenen, also die Schlagermacher zur Sache äußern. Vermutlich werden sie nicht schweigen — es sei denn, sie sind tatsächlich so, wie Sie annehmen.

Bemerkungen

Mutationen

Die folgende kleine Begebenheit überliefert uns der französische Schauspieler Serge Reggiani aus dem Westberlin der ersten Nachkriegsjahre. Zu einem kurzen Gastspielbesuch eingetroffen, ließ er sich damals von einem einheimischen Kollegen die Stadt zeigen.

„Ja“, sagte der improvisierte Fremdenführer seufzend, „es heißt mit Recht: Wehe den Besiegten! Wir müssen vieles durchmachen. Sehen Sie den Straßenkehrer dort?“

„Den, der nach jeder Bewegung eine Pause einlegt?“

„Der Mann war Generaloberst in der Wehrmacht.“

„Hm.“

„Die Blumenhändlerin an der Ecke, unter dem ausgeblichenen Sonnenschirm, ist die Witwe eines hohen Diplomaten aus dem Ribbentropamt.“

„Mir kommen gleich die Tränen.“

„Spotten Sie nicht. Der Fahrer des Lastwagens, der gerade neben uns stoppt, war bis Kriegsende ein mächtiger Großindustrieller.“

„Aha. Und der struppige Kater dort in der Fensternische?“

„Wie meinen Sie?“

„Ist er nicht zufällig ein etwas heruntergekommener Tiger?“

H. K.

Borzens Bücher-Bord

Werner Heiduczek hat im Verlag Neues Leben eine 140 Seiten lange Erzählung veröffentlicht, eine Liebesgeschichte unter Studenten und vor dem Hintergrund der Hochschulreform:

„Mark Aurel oder ein Semester Zärtlichkeit.“ Eine Liebe ist kaputtgegangen. Das Mädchen, das erzählt, wird seine Frau stehen; seinen begabten, bramarbasierenden, zärtlichen, egoistischen Freund hat man am Ende gexext. Das Mädchen fragt auf seine Art die Frage unserer Tage: Wie soll man leben?

Die Figuren sind differenziert hingestellt, die Gewichte verteilt – und doch überwiegt die Didaktik. Der Vergleich mit „Rheinsberg“ hinkt gewaltig – und stimmt. Aber man sollte diese Geschichte lesen.

Wolfgang Würfels Illustrationen versuchen, nochmal alles mit grafischen Mitteln zu erzählen. Den gerade hier originellen Druckfehler Herzbizid für Herbizid reiht in seine einschlägige Sammlung ein *Kaspar Borz*

Die Weißen kommen

Die Weißen kommen: Der Klappentexter verspricht „ein Buch voll ungeheuerlicher Enthüllungen“. Nun – die „wahre Geschichte des Kolonialismus“¹⁾ brauchte der Publizist Gert v. Paczensky nicht erst zu entdecken. Marxisten haben das seit langem besorgt, und einige findet man sogar im Literaturverzeichnis. Daß der Autor von Lenin nur die Imperialismus-Studie kennt – und ausgerechnet in einer englischsprachigen New-Yorker Ausgabe von 1939, legt nahe, daß hier Nachholebedarf vorliegt, was die Lektüre des Werkes, bestätigt. Vom gesetzmäßigen Hervorgehen der Kolonialausbeutung und des Neokolo-

¹⁾ Gert v. Paczensky, „Die Weißen kommen: Die wahre Geschichte des Kolonialismus“, Hoffmann und Campe, Hamburg 1970

nialismus aus einem Gesellschaftssystem, das sich zu Hause zeitweilig auch „zivilisiert“ geben kann, bleiben ein paar Aphorismen hängen, und die Lanzen werden für eine „Dritte Welt“ gebrochen, über deren Klassenperspektiven und natürliche Verbündete man Näheres nicht erfährt.

Trotzdem ist es ein sehr nützlich Buch für die Hand – mit oder ohne Absicht – ahnungsloser Bundesbürger. Paczensky, der Ärger mit Reaktionären in Kauf zu nehmen weiß, lamentiert nicht über ein paar Mißgriffe und Auswüchse, um dann doch inmitten herzerfrischend selbstloser „weißer“ Missionare des Fortschritts seine Bauchlandung zu vollziehen. Er läßt auch nicht nur sklavenhandelnde Urgroßväter und peitschenschwingende Großväter büßen, sondern leuchtet hinter die „Entwicklungshilfe“: Die „Masters“ helfen ja gar nicht, sie kassieren noch heute, sagt er durchaus zutreffend; während nach seiner Rechnung die eine Hand zwölf Milliarden gibt, nimmt die andere sechzehn oder zwanzig.

Das kommt so hin. Auf über 500 Seiten werden Schandtaten über Schandtaten aufgedeckt – mitunter etwas wahllos, doch im Ganzen treffend und fesselnd: Von der „Aufteilung der Welt“ durch den Borgia-Papst Alexander VI. (ja doch, der Vater der Lukrezia ...) anno 1493 bis zu den „Rückzugsgefechten“ unserer Zeit: Plünderung en detail und en gros, Raubbau am Menschen, Elend, Schnaps und Hunger, „Landnahme“ und Völkermord.

Diese Dinge laut beim Namen zu nennen, ist sicher gut, und

Männer, die der „Verschwörung des Schweigens“ ein Ende machen wollen, sind willkommen; dem „Nonkonformisten“ Paczensky geht es, wie er sagt, in erster Linie um den Aufweis von Tatsachen, von Handlungen. Meinungen will er einer gesonderten Darstellung vorbehalten; vielleicht vernimmt man dann, wie er sich die Lösung vorstellt. Der Verlag Hoffmann und Campe könnte dabei eine verschüttete Tradition wiederbeleben: Immerhin hat schon sein Ahnherr, Joachim Heinrich Campe, der „deutsche Robinson“, über Lösungen der Klassenfrage nachgedacht, für die er 1792 das Bürgerrecht der Französischen Republik erhielt.

Walter Markov

Es hat keinen Sinn...

Es hat keinen Sinn, gegen Erdbeben mit moralischen Mitteln oder behördlichen Verboten vorzugehen, denn bekanntlich machen sich Erdbeben einen Dreck aus behördlichem Druck. *

Es hat keinen Sinn, mit einem Blasrohr auf Elefantenjagd zu gehen, denn Dickhäuter erlegt man nicht mit Erbsen.

*

Es hat keinen Sinn, den Eskimos Eisschränke und Kühltruhen anzubieten, denn sie haben das Eis aus erster Hand. *

Es hat keinen Sinn, dem kalten Krieger die kalte Schulter zu zeigen und ihm mit eisigem Schweigen zu begegnen. Sondern man muß ihm seine vergifteten Waffen aus den Händen schlagen. Kriege sind nicht „gottgewollt“, sondern Menschenwerk.

Ridens

Rund um den Bauchnabel

Es muß einmal ganz offen und kritisch ausgesprochen werden, daß wir dem menschlichen Bauch-

nabel leider viel zuwenig Aufmerksamkeit schenken. Die Nabel-Ignoranten werden das damit begründen, daß uns derzeit gewisse andere Fragen und Probleme beschäftigen, die ihrer Ansicht nach womöglich *noch wichtiger* sind als die Nabel-Forschung und -Publizistik. Man mag dieses Argument formal gelten lassen, aber eine Entschuldigung ist es nicht.

Schon die Unwissenheit über den Nabel als solchen ist beschämend. Ich habe Bürger verschiedenen Alters und verschiedener Berufe gefragt: „Wissen Sie, wie viele Arten von Nabeln es eigentlich gibt?“ 13 Prozent der Befragten mußten erst überlegen, was ein Nabel ist; 9 Prozent vertraten die Ansicht, der Plural von Nabel sei nicht *die Nabel*, sondern nur *die Nabeln*, und 3,27 Prozent der Letztgenannten wollten diesen Plural auch noch mit „e“ schreiben, also: *der Bauchnabel*, *die Bauchnabeln*, weil sie alten Ernstes glaubten, da sei eine Lautverschiebung im Spiel. Ich stieß auf eine wahrhaft babylonische Sprachverwirrung.

Nun aber zur Beantwortung meiner brennenden Frage! (Ich bin nicht so anmaßend zu behaupten, daß ich die Frage selbst geklärt hätte. Auf diesem schwierigen Fachgebiet bin ich zunächst noch Anfänger, der auf hypothetische und eklektizistische Methoden angewiesen ist. Daher sei hier die britische Fachzeitschrift „World Medicine“ zitiert.) „Es gibt achtundachtzig Arten von Nabeln, je nachdem, ob die Nabelschnur nach der Geburt zu einem der üblichen zweiundzwanzig Knoten geschlungen worden sei, versteckt oder erhaben auf der Bauchwölbung, von einem rechts- oder einem linkshändigen Gynäkologen.“

Selbstverständlich spielt auch die Fingerlänge und -form des Gynäkologen eine wichtige Rolle, und die Bedeutung der seelischen Verfassung, in welcher sich der Arzt während des Knotenschlingens befindet, darf keinesfalls unterschätzt werden; ferner tritt bei stark beanspruchten Nablern erfahrungsgemäß nach dem achtzehnten oder neunzehnten Knoten eine gewisse Ermüdung auf (sog. „Schnur-Schnurzigkeit“), die ihrerseits auf die künftige Nabelgestalt nicht ohne Einfluß bleibt, und so weiter. Wir wollen auf solche Einzelheiten nicht näher eingehen, da sie noch nicht restlos erforscht sind und den Nichtfachmann vermutlich überfordern würden.

Nun genügt es freilich nicht, sich geistig auf den eigenen Nabel zu konzentrieren; er muß vielmehr auch genau beschaut und gut gepflegt werden. Diesbezügliche Hilfsmittel sind bei uns bedauerlicherweise überhaupt noch nicht im Handel, und es ist höchste Zeit, daß wir diesen himmelschreienden zivilisatorischen Rückstand überwinden. Da sollten sich die zuständigen Stellen (die es auch immer noch nicht gibt!) ein Beispiel an der Initiative des finnischen Industriellen Armi Rattia nehmen. Herr Rattia hat, wie ein westdeutsches Magazin zu berichten weiß, einen dringenden Bedürfnis weiter Bevölkerungskreise zumindest in England Abhilfe geboten, indem er zwei eminent wichtige Geräte auf den Nabelmarkt warf und zum Zweck ihrer Verbreitung die „British Navel Brush Corporation“ gründete. Die BNBC offeriert allen nabelbewußten Bürgern des Vereinigten Königreiches „ein kurzstieliges Standardbürstchen und ein Modell für gewichtige Leute,

die ihren Nabel seit Jahren nicht mehr geschaut haben — langstieglig, mit Rückspiegel“.

Ich bin der Meinung, daß Armi Rattia, der Retter der Menschheit, damit endgültig den *Nabel* auf den Kopf getroffen hat. *Felix Mantel*

Vademekum für Vergewaltigungen

Der kalifornische Arzt David Reuben, der mit einem Nachschlagebuch über Sexualfragen einen gewaltigen Verkaufserfolg erzielt hatte, ließ jetzt ein zweites Werk folgen, das sich vor allem an die weißen Mittelständlerinnen wendet, an die kaufkräftigste Gruppe in den USA.

Was bietet Reuben für die acht Dollar, die sein neuestes Werk kostet? Neben allerlei Schnickschnack und ein paar nützlichen Informationen auch handfeste Ratschläge für bestimmte Lagen des Lebens, in die Frauen manchmal geraten. Bekanntlich ist die Kurve der Verbrechen in den USA in den letzten Jahren weiter angestiegen, einen besonders hohen Prozentsatz machen die Vergewaltigungen aus: 1968 zum Beispiel wurden über 30 000 Vergewaltigungen angezeigt — Fachleute schätzen, daß die Zahl der nicht angezeigten Vergewaltigungen etwa zehnmal so hoch ist.

Nun muß man von dem Autor Reuben vielleicht nicht unbedingt erwarten, daß er den sozialen Ursachen dieser Verbrechenswelle nachgeht, daß er nach realen Lösungen sucht — aber was er in seinem letzten Buch in dieser Hinsicht zu bieten hat, ist wohl doch mehr als kümmerlich. Er begnügt sich mit praktischen Hinweisen, wie eine Frau sich bei einer Vergewaltigung zu verhalten habe — ob seine Ratschläge wirklich praktisch sind, ist mehr als zweifelhaft. So zitiert Reuben einen hohen Polizeioffizier, der unmittelbar von einer Vergewaltigung bedrohten Frauen empfiehlt, die Hoden des Angreifers zu packen und zu zerquetschen.

Schockiert fragt der Autor: „Soll eine Frau wirklich etwas so Schreckliches tun?“ Er weiß darauf keine Antwort, will offenbar auch keine Verantwortung übernehmen, sondern überläßt dem Opfer die Entscheidung: „Sie muß selbst sehen, was sie macht. Vergewaltigt zu werden, kann auch ziemlich schrecklich sein.“

Ja, das kann sicherlich schrecklich sein; nicht viel weniger schrecklich aber ist das Geschwafel über so ernste Dinge, die tief in das Leben von Hunderttausenden Frauen eingreifen. *grups*

Verlagsdirektor und Lizenzträger: Prof. Dr. Dr. Hermann Budzislawski
Chefredakteur: Peter Theek

Die Weltbühne

veröffentlicht unter der Lizenznummer 1263 des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik
erscheint jeden Dienstag zum Einzelpreis von 50 Pfennig im Verlag der Weltbühne, v. Ossietzky & Co., 108 Berlin, Otto-Nuschke-Straße 10/11, Postfach-Nr. 1240, Telefon: 22 11 45 — Telegr.-Adresse: Weltbühne Berlin — Postscheck-Konto: Berlin 158 780 — Bank-Konto: Berliner Stadtkontor, 103 Berlin, Behrenstraße, Konto-Nr. 6651-14-592

Verwertung der Beiträge nur nach Zustimmung des Verlages der Weltbühne
Für nicht erbetene Manuskripte haften wir nicht!
Anzeigenverwaltung beim Verlag, Anzeigenannahme auch durch DEWAG Werbung
Zur Zeit gilt Anzeigen-Preisliste Nr. 1
(140) Druckerei Neues Deutschland, 1054 Berlin

Aus dem Inhalt der letzten Weltbühnenhefte

Nr. 38 Burchard Brentjes Irans zwei Jubiläen
 Siegbert Kahn Krise des Kapitalismus
 Rhenanus (Bonn) Uneinige Union
 Gordon Schaffer (London) Irland heute
 Friedrich Karl Kaul Nürnberg schuf Völkerrecht
 Lothar Kusche Wozu Sprachpflege?
 Günther Cwojdrak Buchbarometer Leipzig
 Walter Großpietsch Sklavenmarkt in Istanbul
 Joachim Joesten Skandal ohne Ende

Nr. 39 Joachim Joesten Die wahren Halsabschneider
 Rhenanus (Bonn) Stierkämpfe in der CDU
 Hermann Budzislowski Hans Nathan
 Lothar Kusche Philipps philologische Probleme
 Peter Ahrens Der Goya-Film
 Gordon Schaffer (London) } John D. Bernal
 Käthe Boll-Dornberger }
 Pedro Fuentes Die bolivianische Tragödie
 Lothar Lang In London notiert
 Tankred Koch Unser Freund Prokop

Nr. 40 Peter Theek Vom Charakter der Wahlen
 Ulrich Makosch (Singapur) Moos auf Bunkern
 Siegbert Kahn Nürnbergs Fall Nr. 6
 Lothar Lang In London notiert (II)
 Stefan Doernberg In der Godesberger Stadthalle
 G. Cwojdrak Friederike Kempners Schatzkästlein
 K. Brandenburg Die Geschichte der „Schaubühne“
 Margrit Pittman (New York) Das Nixon-Spiel
 Helmut Kraatz Der unbequeme Virchow
 Lothar Kusche Mit Herz und Kopf
 B. Brentjes Junge Kunst aus einem alten Land

Nr. 41 A. P. Andrekath: Wie steht es um die Black Panthers?
 Richard Christ Kohle und Kunst
 Wolfgang Reischock Lüge mit langen Beinen
 Walter Großpietsch Die Mädchen von Piräus
 Henryk Keisch In Dublin
 Emil Carlebach (Frankfurt/M.) Mitbestimmung
 Jürgen Kuczynski Weizsäckers Befürchtungen
 Eberhard Rebling Karin Lenz
 G. Cwojdrak: Puppenparade, Puntila, Einzug ins Schloß
 Lothar Lang Die Dürer-Ausstellung in Dresden

Absender:

Postkarte



Bitte senden Sie ein Probeheft an:

Verlag der Weltbühne

Name

Adresse

108 BERLIN

Otto-Nuschke-Straße 10/11

Postfach-Nr. 1240

Bestellschein

Die stark umrandeten Felder werden von der Deutschen Post ausgefüllt

Empfangsstellennummer des PZV

Zustellbezirk

Einziehbezirk

Ich bestelle hiermit ab _____ zur **Zustellung**
Abholung*

33 805

212

Stück **Die Weltbühne** zu den Bezugsbedingungen
lt. Postzeitungsliste zum Abonnementspreis von 2,20 M
(für Monatsbezug)

Artikelnummer

WGr

Kartellnummer

Bitte in Blockschrift ausfüllen:

Name, Vorname: _____

Anschrift: _____

(Postleitzahl, Wohnort)

(Straße, Hausnummer, Gebäudeteil, Stockwerk)

Das Abonnementgeld wird bar bezahlt*

ist abzubuchen vom Konto Nr. _____

beim _____

(Postscheckamt, Bank, u. a.)

* Nichtzutreffendes streichen

(Eigenhändige Unterschrift des Bestellers)

Bezieherkarte/
Kundenkarte
berichtigtAdreßplatte geprägt
Z 47 ausgefertigt

Bestellvermerk

Verteilkarte
berichtigt

Vermerke